



KANTON AARGAU

## REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau  
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50  
regierungsrat@ag.ch  
www.ag.ch/regierungsrat

### **A-Post Plus**

Eidgenössische Zollverwaltung  
Taubenstrasse 16  
3003 Bern

28. April 2021

### **Verpflichtungskredit "Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes"; Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2021 wurden die Kantone eingeladen, zu den Unterlagen über den oben erwähnten Verpflichtungskredit Stellung zu nehmen. Der Kanton Aargau bedankt sich für diese Möglichkeit und nimmt sie gerne wahr.

Polycom bildet das flächendeckende Sicherheitsfunksystem der Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit (BORS). Die sichere Stromversorgung der Sendeanlagen ist ein wichtiges Element für die hohe Verfügbarkeit des Funksystems und damit für die Kommunikationsfähigkeit der Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes. Im Fall eines Netzzusammenbruchs wird Polycom zu einem der wichtigsten Kommunikationsmittel auf nationaler und kantonaler Ebene und zu einem entscheidenden Erfolgsfaktor bei der Einsatzführung und der Bewältigung der Lage.

Das Polycom-Teilnetz Kanton Aargau besteht aus 21 Sendeanlagen. Die 13 Sendeanlagen, die durch die Kantonspolizei Aargau betrieben werden, sowie die Sendeanlage, die durch das Kernkraftwerk Beznau betrieben wird, sind bereits seit einigen Jahren mit einer sicheren Stromversorgung ausgerüstet. Mit dem beantragten Verpflichtungskredit sollen unter anderem die verbleibenden 7 Sendeanlagen im Teilnetz entsprechend nachgerüstet werden.

Der Regierungsrat des Kantons Aargau unterstützt den beantragten Verpflichtungskredit vollumfänglich und empfiehlt, ihn der Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Annahme vorzulegen.

Als Kontaktperson für allfällige Rückfragen steht Ihnen Florian Herzog, Abteilungschef Polizeitechnik der Kantonspolizei Aargau (Telefon: 062 886 88 88; E-Mail: [florian.herzog@kapo.ag.ch](mailto:florian.herzog@kapo.ag.ch)) zur Verfügung.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Stephan Attiger  
Landammann

Urs Meier  
Staatsschreiber i.V.

Kopie

- [stephan.lanz@ezv.admin.ch](mailto:stephan.lanz@ezv.admin.ch)



## Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei  
Marktgasse 2  
9050 Appenzell  
Telefon +41 71 788 93 11  
info@rk.ai.ch  
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an  
stephan.lanz@ezv.admin.ch

Appenzell, 15. April 2021

### **Verpflichtungskredit zur Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes / Standortliste für den Kanton Appenzell I.Rh. Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2021 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum Verpflichtungskredit zur Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes zukommen lassen.

Zudem baten Sie um Stellungnahme zur separat zugestellten Standortliste, welche Auskunft über die im Kanton Appenzell I.Rh. geplanten Massnahmen zur Erhöhung der Stromautonomie der Polycom-Sendestandorte gibt.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie begrüsst die Vorlage und geht davon aus, dass die geplanten Massnahmen die Funktionalität des Funknetzes bei einem Stromausfall für einige Tage sicherstellen.

Gerne weisen wir Sie daraufhin, dass die Stellungnahme zur Standortliste separat erfolgt.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

#### **Im Auftrage von Landammann und Standeskommission**

Der Ratschreiber:



Markus Dörig

#### *Zur Kenntnis an:*

- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierungsrat, 9102 Herisau

per E-Mail an [stephan.lanz@ezv.admin.ch](mailto:stephan.lanz@ezv.admin.ch)  
[PDF- und Wordversion]

**Dr. iur. Roger Nobs**  
Ratschreiber  
Tel. +41 71 353 63 51  
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 30. April 2021

## **Eidg. Vernehmlassung; Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes»; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2021 wurden die Kantonsregierungen von der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) eingeladen, zum Verpflichtungskredit zur Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes bis zum 25. Mai 2021 Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Der Regierungsrat begrüsst das Vorhaben und empfiehlt, der Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft den Verpflichtungskredit von Fr. 36.5 Mio. betreffend die Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes zur Annahme vorzulegen.

Strommangellagen und Stromausfälle zählen zu den grössten Risiken für die Schweiz. In ihrer Folge ist mit schwerwiegenden Auswirkungen zu rechnen. Auch die Kommunikationsinfrastruktur ist davon betroffen. Im Falle eines Netzzusammenbruchs wird Polycom zu einem der wichtigsten Kommunikationsmittel auf nationaler und kantonaler Ebene und zu einem entscheidenden Erfolgsfaktor bei der Einsatzführung und der Bewältigung der Lage. Polycom ist für die Kantone von zentraler Bedeutung, denn mit Polycom kommunizieren sämtliche Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes (Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, Zivilschutz und technische Betriebe). Polycom bildet das flächendeckende Sicherheitsfunksystem der Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit (BORS).

Noch 2016 war bei einem vollständigen Stromausfall von drei Tagen im schlechtesten Fall nur rund die Hälfte der vorhandenen Polycom-Infrastruktur funktionsfähig. Aufgrund dieser Erkenntnis wurden alle Teilnetzbetreiberinnen (Kantone und Bund) verpflichtet, die notwendigen Konzepte für die Überbrückung eines mehrtägigen Stromausfalls zu erarbeiten und prioritär umzusetzen. Die entsprechenden Massnahmen stehen bei der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) indes noch aus. Die EZV ist für rund ein Drittel des gesamten Polycom-Netzes verantwortlich. Nur in den sieben Binnenkantonen (Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden, Glarus, Zug, und Frei-



burg) finden sich keine Polycom-Standorte der EZV. Im Kanton Genf ist die EZV mit 15 Basisstationen gar die alleinige Teilnetzbetreiberin. Gerade in grenznahen Gebieten ist jedoch die Kommunikation über Polycom unerlässlich für die Sicherstellung der nationalen und kantonalen Sicherheit.

Der Regierungsrat unterstützt daher den beantragten Verpflichtungskredit sowie die vorliegende Variante der Notstromaggregate, die eine zuverlässige Funktionsweise von Polycom garantiert. Ohne Erhöhung der Stromautonomie der Polycom-Standorte ist die schweizweite Kommunikation der BORS nicht sichergestellt, was im schlimmsten Fall zu einem landesweiten Versagen der Krisenbewältigungsmassnahmen führt.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Regierungsrat

Postgasse 68  
Postfach  
3000 Bern 8  
info.regierungsrat@be.ch  
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

Per E-Mail (in Word und PDF) an:  
stephan.lanz@ezv.admin.ch

Ihr Zeichen:

5. Mai 2021

Unser Zeichen: 2021.SIDGS.164

RRB Nr.: - 5 2 6 / 2 0 2 1

Direktion: Sicherheitsdirektion

Klassifizierung: nicht klassifiziert

**Vernehmlassung des Bundes: Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes» - Polycom  
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Die Kantonspolizei Bern als Betreiberin des Polycom Teilnetzes Bern hat bereits vor Jahren ihre Polycom Standorte für eine sichere Stromversorgung vorbereitet und begrüsst es, dass der Bund nun seinerseits die eigenen Standorte ebenfalls härtet. Dies erhöht die Ausfallsicherheit des Polycom-Netzes im Falle eines Stromausfalles, bzw. einer Strommangellage und stellt die Einsatz-Kommunikation im Ereignisfall sicher.

Obwohl im Kanton Bern lediglich vier Basisstationen davon betroffen sind, ist es wichtig, dass diese Versorgungslücke geschlossen wird. Der Regierungsrat unterstützt diese Vorlage und hat keine weiteren Anmerkungen.

Freundliche Grüsse

**Im Namen des Regierungsrates**

Pierre Alain Schnegg  
Regierungspräsident

Christoph Auer  
Staatsschreiber

Verteiler

- Bau- und Verkehrsdirektion
- Finanzdirektion
- Direktion für Inneres und Justiz
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
- Sicherheitsdirektion

Regierungsrat BL, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches  
Finanzdepartement  
Bern  
[stephan.lanz@ezv.admin.ch](mailto:stephan.lanz@ezv.admin.ch)

Liestal, 11. Mai 2021

### ***Vernehmlassung***

#### **betreffend Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes»**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

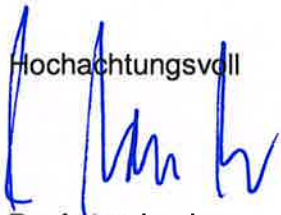
Besten Dank für die Möglichkeit zur Meinungsäusserung. Mit dem Verpflichtungskredit von 36.5 Millionen Franken soll die Stromautonomie der Polycom-Anlagen im Bundeseigentum von heute 8 Stunden auf 72 Stunden erhöht werden, insbesondere im Hinblick auf Szenarien mit grösseren regionalen oder nationalen Stromausfällen. Der Kredit ermöglicht – gestützt auf ein Konzept von 2016 der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) – die notwendigen Investitionen für die Aufrüstung von 210 Anlagen mit fixen Netzersatzanlagen, von 40 Anlagen mit Batterien und von 30 Anlagen mit mobilen Generatoren sowie die Beschaffung von weiteren 40 mobilen Generatoren zu tätigen. 30 Standorte von untergeordneter Bedeutung sollen nicht aufgerüstet werden.

Für den Regierungsrat Basel-Landschaft sind der vorgeschlagene Verpflichtungskredit und die entsprechenden Investitionen unbedingt erforderlich für die dringende Erhöhung der Stromautonomie der Polycom-Anlagen im Eigentum des Bundes. Die Autonomieerhöhung bei Stromausfällen dient auch unserem Kanton, der mit seinem Polycom-Netz zu einem wesentlichen Teil auf diesen Anlagen des Bundes basiert. Daher unterstützt der Kanton Basel-Landschaft vorbehaltlos, dass der Verpflichtungskredit der Schweizerischen Bundesversammlung zur Annahme vorgelegt wird.

Allerdings erachtet es der Kanton Basel-Landschaft als notwendig, dass im Zuge dieser Investitionen auch dafür gesorgt wird, dass der Kanton als Provider des Polycom-Netzes im Kanton



automatisch über den Betriebszustand der Anlagen des Bundes informiert wird, namentlich bei einem Stromausfall und dem Betrieb über die Notstromversorgung, was heute leider nicht der Fall ist.

Hochachtungsvoll  


Dr. Anton Lauber  
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich  
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9  
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54  
Fax: +41 61 267 85 72  
E-Mail: [staatskanzlei@bs.ch](mailto:staatskanzlei@bs.ch)  
[www.regierungsrat.bs.ch](http://www.regierungsrat.bs.ch)

Eidgenössische Zollverwaltung

[stephan.lanz@ezv.admin.ch](mailto:stephan.lanz@ezv.admin.ch)

Basel, 4. Mai 2021

**Regierungsratsbeschluss vom 4. Mai 2021**

**Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes - Verpflichtungskredit: Vernehmlassung**  
Rückmeldung des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Einladung vom 17. Februar 2021 zur Stellungnahme zur die Vorlage für einen Verpflichtungskredit zur Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes.

Der Regierungsrat hat die Vorlage zur Kenntnis genommen. Er begrüsst die geplanten Verbesserungen im Polycom-Netz zur Erhöhung der Stromautonomie der Funkanlagen und die damit mögliche bessere Absicherung gegen Ausfälle des Systems in Krisenlagen. Den Antrag zu einem entsprechenden Verpflichtungskredit können wir unterstützen.

Freundliche Grüsse  
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Beat Jans  
Präsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE  
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48  
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat  
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

## **PAR COURRIEL**

Département fédéral des finances DFF  
Monsieur Ueli Maurer  
Conseiller fédéral  
Bundesgasse 3  
3003 Berne

*Courriel* : [stephan.lanz@ezv.admin.ch](mailto:stephan.lanz@ezv.admin.ch)

*Fribourg, le 9 mars 2021*

### **Crédit d'engagement « Financement d'un approvisionnement en électricité sûr des émetteurs de la Confédération »**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Par courrier du 17 février 2021, vous nous avez consultés sur l'objet cité en titre, et nous vous en remercions.

Nous avons le plaisir de vous informer que nous soutenons sans réserve l'octroi de ce crédit d'engagement important pour la pérennité du réseau de communication Polycom en cas de panne généralisée du réseau électrique.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

**Au nom du Conseil d'Etat :**

Jean-François Steiert, Président



Jean-François Steiert

Qualifizierte elektronische Signatur · Schweizer Recht

Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

Danielle Gagnaux-Morel

Signature électronique qualifiée · Droit suisse



**Le Conseil d'Etat**

2249-2021

Département fédéral des finances (DFF)  
Monsieur Ueli Maurer  
Conseiller fédéral  
Bundesgasse 3  
3003 Berne

**Concerne : consultation relative au crédit d'engagement "Financement d'un approvisionnement en électricité sûr des émetteurs de la Confédération"**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous avons pris connaissance avec intérêt de la sollicitation du Conseil fédéral pour un crédit d'engagement de 36,5 millions de francs dédié au financement d'un approvisionnement en électricité sûr des émetteurs Polycom de la Confédération et apprécions l'opportunité qui nous est donnée de nous prononcer à ce propos, dans le cadre de cette consultation.

D'emblée, du point de vue de la protection de la population, nous soulignons l'importance, pour les autorités et les organisations chargées du sauvetage et de la sécurité (AOSS), de disposer d'un réseau de communication exploitable en toutes circonstances, même en cas de panne généralisée du réseau électrique.

En outre, cette démarche est en concordance avec l'analyse des risques 2020 de l'Office fédéral de la protection de la population dont le rapport sur les catastrophes et situations d'urgence en Suisse identifie le blackout électrique et les pannes des opérateurs publics comme faisant partie des risques majeurs à l'échelle nationale. Notre canton avait d'ailleurs travaillé sur un projet en 2012, afin d'élaborer des solutions pour les émetteurs installés sur le territoire du canton.

Compte tenu de ce qui précède, nous vous communiquons le soutien du canton quant au financement sollicité par le Conseil fédéral pour garantir la disponibilité continue de Polycom en cas de panne d'électricité généralisée ou suprarégionale, de longue durée, et ainsi la communication en intervention des AOSS.

Si notre canton bénéficie très largement des investissements de la Confédération pour ses émetteurs, il reste toutefois attentif aux coûts d'exploitation auxquels il peut être appelé à participer, conformément aux dispositions de la législation fédérale en matière de protection de la population.

En l'état, la répartition des coûts d'exploitation de l'infrastructure du réseau Polycor découle de la Convention entre l'Etat de Genève et l'Administration fédérale des douanes, signée en 2008. Par conséquent, nous souhaiterions que les éventuels coûts d'exploitation supplémentaires soient rapidement identifiés afin de connaître au plus vite l'impact budgétaire que ce projet pourrait avoir pour notre canton.

Dans la perspective de prochains développements, selon votre rapport explicatif, les éléments de redondance électrique pourront être utilisés sur les futurs émetteurs et les éléments d'infrastructure qui remplaceront le réseau Polycor au-delà de 2035. Nous relevons donc qu'il est important que le choix des éléments de secours électrique se porte sur une solution dimensionnée avec une marge importante en termes d'autonomie et de puissance pour couvrir les futurs besoins, comme le système mobile de communication sécurisée à large bande, qui viendront compléter et remplacer à terme le réseau

Enfin, à la lumière de la Stratégie énergétique 2050 du Conseil fédéral, le canton de Genève est d'avis que les réflexions en cours pourraient être étendues à l'opportunité d'étudier l'intégration des énergies locales renouvelables permettant d'alimenter partiellement les installations et d'en prolonger l'autonomie en cas de coupure électrique de longue durée, avant tout enclenchement d'un groupe électrogène mobile ou fixe.

En vous souhaitant bonne réception de la présente et vous remerciant de l'attention qui lui sera portée, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière •



Michèle Righetti

La présidente :



Anne Emery-Torracinta

**Sicherheit und Justiz**  
Postgasse 29  
8750 Glarus

Eidgenössisches Finanzdepartement  
3003 Bern

Glarus, 25. Mai 2021  
Unsere Ref: 2021-46

## **Vernehmlassung zum Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes»**

Hochgeachteter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Finanzdepartement gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

### **Empfehlung**

Der Kanton Glarus stimmt den vorliegenden Entwürfen vollumfänglich zu. Er empfiehlt, der Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft den Verpflichtungskredit von 36,5 Millionen Franken betreffend die Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes zur Annahme vorzulegen.

### **Begründung**

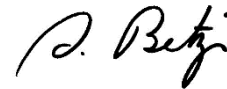
Strommangellagen und Stromausfälle zählen zu den grössten Risiken für die Schweiz. In ihrer Folge ist mit schwerwiegenden Auswirkungen zu rechnen. Auch die Kommunikationsinfrastruktur ist davon betroffen. Im Falle eines Netzzusammenbruchs wird Polycom zu einem der wichtigsten Kommunikationsmittel auf nationaler und kantonaler Ebene und zu einem entscheidenden Erfolgsfaktor bei der Einsatzführung und der Bewältigung der Lage. Polycom ist für die Kantone von zentraler Bedeutung, denn mit Polycom kommunizieren sämtliche Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes (Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, Zivilschutz und technische Betriebe). Polycom bildet das flächendeckende Sicherheitsfunksystem der Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit (BORS).

Noch 2016 war bei einem vollständigen Stromausfall von drei Tagen im schlechtesten Fall nur rund die Hälfte der vorhandenen Polycom-Infrastruktur funktionsfähig. Aufgrund dieser Erkenntnis wurden alle Teilnetzbetreiberinnen (Kantone und Bund) verpflichtet, die notwendigen Konzepte für die Überbrückung eines mehrtägigen Stromausfalls zu erarbeiten und prioritär umzusetzen. Die entsprechenden Massnahmen stehen bei der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) indes noch aus. Die EZV ist für rund ein Drittel des gesamten Polycom-Netzes verantwortlich. Nur in den sieben Binnenkantonen (Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden, Glarus, Zug, und Freiburg) finden sich keine Polycom-Standorte der EZV. Im Kanton Genf ist die EZV mit 15 Basisstationen gar die alleinige Teilnetzbetreiberin. Gerade in grenznahen Gebieten ist jedoch die Kommunikation über Polycom unerlässlich für die Sicherstellung der nationalen und kantonalen Sicherheit.

Der Kanton Glarus unterstützt daher den beantragten Verpflichtungskredit sowie die vorliegende Variante der Notstromaggregate, die eine zuverlässige Funktionsweise von Polycom garantiert. Ohne Erhöhung der Stromautonomie der Polycom-Standorte ist die schweizweite Kommunikation der BORS nicht sichergestellt, was im schlimmsten Fall zu einem landesweiten Versagen der Krisenbewältigungsmassnahmen führt.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse



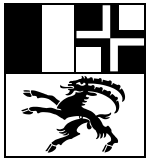
Dr. Andrea Bettiga  
Regierungsrat

E-Mail an (PDF- und Word-Version):  
- [stephan.lanz@ezv.admin.ch](mailto:stephan.lanz@ezv.admin.ch)

Die Regierung  
des Kantons Graubünden

La Regenza  
dal chantun Grischun

Il Governo  
del Cantone dei Grigioni



Sitzung vom

4. Mai 2021

Mitgeteilt den

5. Mai 2021

Protokoll Nr.

421/2021

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

Per E-Mail (PDF und Word-Version) zustellen an: [stephan.lanz@ezv.admin.ch](mailto:stephan.lanz@ezv.admin.ch)

## **Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes»**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2021 erhalten die Kantone Gelegenheit, sich zu erwähntem Geschäft zu äussern. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Die uns zugesandte Dokumentation haben wir geprüft. Die Regierung begrüsst die Vorlage und stimmt den vorliegenden Entwürfen vollumfänglich zu. Sie empfiehlt, den Verpflichtungskredit von 36,5 Millionen Franken betreffend die Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes der Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Annahme vorzulegen. Der Kanton Graubünden ist als Grenzkanton wesentlich betroffen. Die Basisstationen des Polycor, für welche der Kanton Graubünden selbst zuständig ist, wurden bereits beim Bau mit Notstrom ausgerüstet. Es ist nun an der Zeit, dass die Basisstationen der



Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) ebenfalls mit Notstrom nachgerüstet werden. Ansonsten kann bei einem Stromausfall innert weniger Stunden (Batteriebetrieb) in den Grenzregionen des Kantons nicht mehr über das Sicherheitsfunknetz Polycom kommuniziert werden.

Strommangellagen und Stromausfälle zählen zu den grössten Risiken für die Schweiz. In ihrer Folge ist mit schwerwiegenden Auswirkungen zu rechnen. Auch die Kommunikationsinfrastruktur ist davon betroffen. Im Falle eines Netzzusammenbruchs wird Polycom zu einem der wichtigsten Kommunikationsmittel auf nationaler und kantonaler Ebene und zu einem entscheidenden Erfolgsfaktor bei der Einsatzführung und der Bewältigung der Lage. Polycom ist für die Kantone von zentraler Bedeutung, denn mit Polycom kommunizieren sämtliche Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes (Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, Zivilschutz und technische Betriebe). Polycom bildet das flächendeckende Sicherheitsfunksystem der Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit (BORS).

Noch 2016 war bei einem vollständigen Stromausfall von drei Tagen im schlechtesten Fall nur rund die Hälfte der vorhandenen Polycom-Infrastruktur funktionsfähig. Aufgrund dieser Erkenntnis wurden alle Teilnetzbetreiberinnen (Kantone und Bund) verpflichtet, die notwendigen Konzepte für die Überbrückung eines mehrtägigen Stromausfalls zu erarbeiten und prioritär umzusetzen. Die entsprechenden Massnahmen stehen bei der EZV indes noch aus. Gerade in grenznahen Gebieten ist jedoch die Kommunikation über Polycom unerlässlich für die Sicherstellung der nationalen und kantonalen Sicherheit.

Der Kanton Graubünden unterstützt daher den beantragten Verpflichtungskredit sowie die vorliegende Variante der Notstromaggregate, die eine zuverlässige Funktionsweise von Polycom garantiert. Ohne Erhöhung der Stromautonomie der Polycom-Standorte ist die schweizweite Kommunikation der BORS nicht sichergestellt, was im schlimmsten Fall zu einem landesweiten Versagen der Krisenbewältigungsmassnahmen führt.

Für die Berücksichtigung unseres Anliegens bedanken wir uns.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "M. Cavigelli".

Dr. Mario Cavigelli

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Daniel Spadin".

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement  
2, rue de l'Hôpital  
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11  
f +41 32 420 72 01  
chancellerie@jura.ch

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Département fédéral des finances DFF  
Monsieur le Conseiller fédéral  
Ueli Maurer  
Bundesgasse 3  
3003 Berne

envoi par courriel à : [stephan.lanz@ezv.admin.ch](mailto:stephan.lanz@ezv.admin.ch)

Delémont, le 27 avril 2021

## **Crédit d'engagement « financement d'un approvisionnement en électricité sûr des émetteurs de la Confédération » : ouverture de la procédure de consultation**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Gouvernement jurassien a examiné avec intérêt votre courrier du 17 février 2021 concernant la procédure de consultation susmentionnée.

Le Gouvernement jurassien est favorable à la plupart des propositions d'adaptations de l'alimentation électrique des sites de la Confédération sis sur son territoire.

Par contre, il émet une remarque concernant la station de base de Bure, classée en catégorie 2. Il tient à préciser que la diffusion de Polycom dans le tunnel de Bure prend sa source sur la station de base du même nom. Par conséquent, il souhaiterait que la catégorie de risque de cette station passe en « 1b ». Elle ne devra pas être desservie par des moyens humains en cas de blackout, mais aura une autonomie prolongée à minimum 72 heures grâce à des batteries ou panneaux solaires additionnels.

L'autoroute A16 est l'axe routier principal du canton du Jura et sa praticabilité et sécurité doivent être garanties en tout temps.

La personne de référence est M. Daniel Stadelmann, Chef de la section UTIX au service des Infrastructures ([daniel.stadelmann@jura.ch](mailto:daniel.stadelmann@jura.ch) ; 032/420.60.83).

Le Gouvernement vous remercie de lui avoir permis de participer à cette procédure de consultation et vous présente, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de sa considération très distinguée.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA  
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

  
Nathalie Barthoulot  
Présidente



  
Gladys Winkler Docourt  
Chancelière d'Etat

**Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Bahnhofstrasse 15  
Postfach 3768  
6002 Luzern  
Telefon 041 228 51 55  
buwd@lu.ch  
www.lu.ch

**Per E-Mail**

stephan.lanz@ezv.admin.ch

Luzern, 20. April 2021

Protokoll-Nr.: 481

**Vernehmlassung zum Entwurf eines Bundesbeschlusses über einen  
Verpflichtungskredit zur Finanzierung einer sicheren Stromversor-  
gung von Sendeanlagen des Bundes**

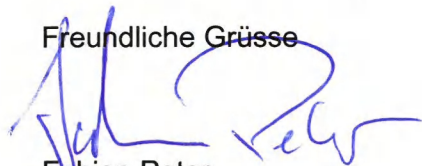
Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2021 lädt das Eidgenössische Finanzdepartement (FD) die Kantone ein, zum Entwurf des Bundesbeschlusses über die Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes Stellung zu nehmen. Im Namen und Auftrag des Regierungsrates äussern wir uns dazu wie folgt:

Wir begrüssen das Vorhaben, die Stromautonomie des Sicherheitsfunksystems Polycom zu erhöhen und unterstützen den dafür beantragten Verpflichtungskredit. Jedoch darf das Vorhaben nicht zu finanziellen Mehrbelastungen der Organisationen für Rettung und Sicherheit in den Kantonen führen. Denn schon heute sind die Kosten für die Endbenutzerinnen und Endbenutzer gerade im Kanton Luzern an der obersten Grenze.

Besten Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Fabian Peter  
Regierungsrat



## **LE CONSEIL D'ÉTAT**

DE LA RÉPUBLIQUE ET  
CANTON DE NEUCHÂTEL

Par courriel :  
[stephan.lanz@ezv.admin.ch](mailto:stephan.lanz@ezv.admin.ch)  
Département fédéral des finances  
3001 Berne

### **Projet d'arrêté fédéral pour un crédit d'engagement « Financement d'un approvisionnement en électricité sûr des émetteurs de la Confédération »**

Monsieur le conseiller fédéral,

Le Conseil d'État de la République et Canton de Neuchâtel a pris connaissance du sujet de la consultation du Département fédéral des Finances (DFF) et vous remercie de lui offrir la possibilité de donner son avis sur ce projet d'arrêté fédéral concernant un crédit d'engagement pour le financement d'un approvisionnement en électricité sûr des émetteurs de la Confédération.

Nous comprenons que pour assurer la communication sur tout le territoire suisse, même en cas de panne généralisée du réseau électrique, des mesures sont nécessaires pour quelque 270 emplacements d'émetteurs de la Confédération. Afin d'améliorer l'autonomie électrique de ces installations, le Conseil fédéral sollicite auprès du Parlement fédéral un crédit fédéral d'engagement de 36.5 millions de francs.

Nous relevons que le renforcement de l'autonomie électrique des émetteurs de la Confédération concerne en priorité l'espace frontalier et les grands axes transversaux. Les lacunes du réseau radio de sécurité sont évaluées en se fondant sur les risques, en coordination avec les cantons, afin de garantir une couverture minimale à l'échelle nationale. De leur côté, les cantons ont déjà renforcé l'autonomie électrique de leurs émetteurs Polycom dans le cadre de la concrétisation de leurs propres stratégies fondées sur les besoins.

La rupture de l'approvisionnement en électricité figure parmi les risques les plus importants en Suisse. En cas de panne générale du réseau électrique, le réseau de radio de sécurité Polycom devient l'un des principaux moyens de communication au niveau national et cantonal et une composante décisive du succès de la conduite en vue de la maîtrise de la situation. Polycom est extrêmement important pour les cantons, vu que toutes les organisations partenaires de la protection de la population (police, sapeurs-pompiers, domaine de la santé, protection civile et services industriels) l'utilisent pour la communication. S'agissant du canton de Neuchâtel, un concept a déjà été élaboré et mis en œuvre pour faire face à une pénurie d'électricité de plusieurs jours sur les 8 antennes qui lui appartiennent. La réalisation de ce

concept ne sera toutefois pas complète tant que l'Administration fédérale des douanes (AFD) ne mettra pas en œuvre une amélioration de son autonomie dans l'alimentation de ses 12 antennes situées sur le territoire neuchâtelois.

Le projet soumis à consultation mentionne différents types d'alimentation pour les antennes soit : installations auxiliaires d'alimentation, batteries et génératrices mobiles. Certaines antennes, de par leur accessibilité limitée ou leur éloignement ne seraient pas équipées.

Le canton de Neuchâtel compte 12 antennes exploitées par l'AFD, le reste (8) étant exploité par la Police neuchâteloise (PONE). L'Organisation de protection civile (OPC) du littoral est mandatée par la PONE afin de garantir le bon fonctionnement du réseau Polycom lors d'une coupure de courant généralisée sur l'ensemble du canton et d'assurer le ravitaillement de l'ensemble du dispositif pour une durée de 72 heures (en charge de 5 génératrices mobiles – stockage, entretien, mise en route et ravitaillement d'une génératrice fixe).

Le rapport précise que les antennes de catégorie 3 ne seront pas équipées. Or, le présent projet ne donne aucune information quant aux catégories auxquelles appartiennent les antennes gérées par l'AFD dans le canton. Cette information est essentielle et doit être communiquée aux cantons concernés par ce projet. En effet, la position du canton pourrait varier selon le nombre d'antennes à équiper d'une génératrice mobile et le nombre d'antennes non équipées.

Les antennes de catégories 2 nécessitent une génératrice mobile afin d'assurer leur fonctionnement. Si leur achat est assuré par l'AFD, il reste encore à définir le prestataire ainsi que les modalités de la prestation : stockage, entretien, formation. La projet soumis à consultation n'est pas clair quant à la répartition des tâches entre l'AFD et un éventuel prestataire externe (public ou privé). Le projet mentionne « *Un plan d'intervention réglera l'utilisation et la mise en service des groupes électrogènes mobiles en cas de panne d'électricité. Les charges de personnel correspondantes seront couvertes avec les ressources existantes de l'AFD* ». Est-ce que cela signifie que le personnel de l'AFD prendra en charge le déplacement et la mise en route de la-les génératrice-s mobile-s ? Dans tous les cas, la question du choix de prestataire se pose, indépendamment des tâches qui lui seront confiées et doit être précisé.

En outre, la question du financement des prestations n'est pas abordée. Or, les acteurs neuchâtelois de la sécurité consultés sont unanimes sur le fait que la Confédération doit prendre en charge les frais liés à l'utilisation des génératrices mobiles. Ce n'est qu'à cette condition que le canton de Neuchâtel préavise favorablement ce projet. Si le canton est amené à supporter l'entier des coûts d'exploitation des génératrices mobiles, notre avis ne serait pas favorable.

Au niveau financier, il n'est pas clairement établi si les cantons devront participer aux coûts d'entretien et de stockage des génératrices mobiles. À noter que des conventions de collaboration devraient être possibles avec les organisations de protection civile qui sont déjà mandatées pour effectuer ce travail sur les antennes cantonales.

Le Service de la Sécurité civile et militaire (SSCM) et la PONE proposent de confier les éventuels mandats de prestations aux OPC concernées.

Dans un effort d'interopérabilité, il est souhaitable que les solutions de déclenchement retenues soient identiques. Dès lors, et dans le cas où les procédures privilégiées par la Confédération diffèrent de celles pratiquées à Neuchâtel, les autorités du canton se réservent la possibilité d'adapter leurs pratiques à celles en vigueur à l'AFD.

Nous faisons remarquer qu'une antenne gérée par l'AFD se trouve sur le territoire français (Villers-le-Lac (F), Chaux-Rouillard). Dans l'éventualité où un prestataire externe est mandaté pour exploiter les génératrices, il faudra prendre en compte le passage de la frontière et les difficultés que cela peut engendrer.

Au vu des enjeux sécuritaires pour notre pays et afin de compléter les mesures prises par les cantons pour renforcer leurs propres émetteurs, le Conseil d'État neuchâtelois soutient la demande pour un crédit d'engagement de 36.5 millions de francs qui sera soumis au Parlement fédéral en demandant au Conseil fédéral de prendre en compte les remarques ci-dessus, notamment que la Confédération prenne en charge les frais liés à l'utilisation des génératrices mobiles.

En vous remerciant de nous avoir consulté, nous vous prions de croire, Monsieur le conseiller fédéral, à l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 19 mai 2021

Au nom du Conseil d'État :

*La présidente,*  
M. MAIRE-HEFTI

*La chancelière,*  
S. DESPLAND



*M. Maire-Hefti*

*S. Despland*



CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

**PER E-MAIL**

Eidg. Finanzdepartement (FD)  
Herr Bundesrat Ueli Maurer  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02  
staatskanzlei@nw.ch  
Stans, 18. Mai 2021

**Verpflichtungskredit "Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes". Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2021 eröffnete das Eidg. Finanzdepartement (FD) bei den Kantonen das Vernehmlassungsverfahren zum Verpflichtungskredit "Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes".

**1 Begründung**

Strommangellagen und Stromausfälle zählen zu den grössten Risiken für die Schweiz. In ihrer Folge ist mit schwerwiegenden Auswirkungen zu rechnen. Auch die Kommunikationsinfrastruktur ist davon betroffen. Im Falle eines Netzzusammenbruchs wird das gesicherte Funknetz Polycom zu einem der wichtigsten Kommunikationsmittel auf nationaler und kantonaler Ebene und zu einem entscheidenden Erfolgsfaktor bei der Einsatzführung und der Bewältigung der Lage. Polycom ist für die Kantone von zentraler Bedeutung, da über dieses System sämtliche Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes (Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, Zivilschutz und technische Betriebe) kommunizieren. Polycom bildet das flächendeckende Sicherheitsfunksystem der Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit (BORS).

Noch im Jahr 2016 war bei einem vollständigen Stromausfall von drei Tagen im schlechtesten Fall nur rund die Hälfte der vorhandenen Polycom-Infrastruktur funktionsfähig. Aufgrund dieser Erkenntnis wurden alle Teilnetzbetreiberinnen (Kantone und Bund) verpflichtet, die notwendigen Konzepte für die Überbrückung eines mehrtägigen Stromausfalls zu erarbeiten und prioritär umzusetzen. Die entsprechenden Massnahmen stehen bei der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) indes noch aus. Die EZV ist für rund ein Drittel des gesamten Polycom-Netzes verantwortlich. Nur in den sieben Binnenkantonen (Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden, Glarus, Zug, und Freiburg) finden sich keine Polycom-Standorte der EZV. Im Kanton Genf ist die EZV mit 15 Basisstationen gar die alleinige Teilnetzbetreiberin. Gerade in grenznahen Gebieten ist jedoch die Kommunikation über Polycom unerlässlich für die Sicherstellung der nationalen und kantonalen Sicherheit.



Der Kanton Nidwalden unterstützt daher den beantragten Verpflichtungskredit sowie die vorliegende Variante der Notstromaggregate, die eine zuverlässige Funktionsweise von Polycom garantiert. Ohne Erhöhung der Stromautonomie der Polycom-Standorte ist die schweizweite Kommunikation der BORS nicht sichergestellt, was im schlimmsten Fall zu einem landesweiten Versagen der Krisenbewältigungsmassnahmen führt.

In Anbetracht dessen, dass bereits heute alle Kantone ein Konzept "Schweiz dunkel" vorweisen können, ist es wünschenswert, wenn auch die Sendeanlagen des Bundes diese Kriterien erfüllen. Nur so ist sichergestellt, dass bei einem Stromausfall insbesondere das Sicherheitsfunksystem POLYCOM flächendeckend über die ganze Schweiz mindestens 72 Stunden verfügbar ist.

## 2 Antrag

Der Kanton Nidwalden stimmt den vorliegenden Entwürfen vollumfänglich zu. Er empfiehlt, der Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft den Verpflichtungskredit von 36,5 Millionen Franken betreffend die Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes zur Annahme vorzulegen.

Der Regierungsrat Nidwalden bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Wir unterstützen den Verpflichtungskredit und danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse  
NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Dr. Othmar Filliger  
Landammann



lic. iur. Armin Eberli  
Landschreiber

Geht an:  
- [stephan.lanz@ezv.admin.ch](mailto:stephan.lanz@ezv.admin.ch)



CH-6061 Sarnen, Postfach 1561, SJD

**Per E-Mail an:**

Eidgenössisches Finanzdepartement  
3003 Bern

[stephan.lanz@ezv.admin.ch](mailto:stephan.lanz@ezv.admin.ch)

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.3999  
Unser Zeichen: fu

Sarnen, 25. Mai 2021

**Verpflichtungskredit "Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes";  
Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Gelegenheit der Stellungnahme zum Verpflichtungskredit über die Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes danken wir Ihnen.

Wir stimmen den vorliegenden Entwürfen zu und unterstützen den beantragten Verpflichtungskredit sowie die vorliegende Variante der Notstromaggregate.

In Anbetracht dessen, dass bereits heute alle Kantone ein Konzept "Schweiz dunkel" vorweisen können, ist es wichtig, wenn auch die Sendeanlagen des Bundes diese Kriterien erfüllen. Nur so ist sichergestellt, dass bei einem Stromausfall insbesondere das Sicherheitsfunksystem POLYCOM flächendeckend über die ganze Schweiz mindestens 72 Stunden verfügbar ist.

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Ausführungen.

Freundliche Grüsse

Christoph Amstad  
Regierungsrat

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Kantonspolizei
- Staatskanzlei (Kommunikation)



**Regierungsrat Fredy Fässler**

Sicherheits- und Justizdepartement, Oberer Graben 32, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Finanzdepartement  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

Sicherheits- und Justizdepartement  
Oberer Graben 32  
9001 St.Gallen

T 058 229 36 00  
F 058 229 39 61

St.Gallen, 7. April 2021

Gever: 251.2-65

**Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes»**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 17. Februar 2021 laden Sie uns zur Vernehmlassung zum Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes» ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Strommangellagen und Stromausfälle zählen zu den grössten Risiken für die Schweiz. Das Sicherheitsfunksystem Polycom ermöglicht die Kommunikation zwischen den Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit (BORS) der Schweiz in allen Lagen. Damit schweizweit flächendeckende Einsatz-Kommunikation mittels Polycom auch im Falle eines Zusammenbruchs des Stromnetzes sichergestellt werden kann, sind Massnahmen für die rund 270 Sendestandorte des Bundes notwendig. Dafür beantragt der Bundesrat einen Verpflichtungskredit von 36,5 Millionen Franken.

Ohne Erhöhung der Stromautonomie der Polycom-Standorte ist die schweizweite Kommunikation der BORS nicht sichergestellt. Wir unterstützen daher den beantragten Verpflichtungskredit zur Erhöhung der Stromautonomie der Polycom-Sendestandorte der Eidgenössischen Zollverwaltung. Besten Dank für die Zustellung der Liste mit den für unseren Kanton geplanten Massnahmen. An den Standorten Altstätten (ALTWE) und Rorschach (RORW) erscheint uns eine Prüfung der Änderung in der Kategorie-Zuteilung als prüfenswert.

Für Rückfragen steht Ihnen Claudio Eugster (058 229 33 89) zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Fredy Fässler  
Regierungsrat

Kanton Schaffhausen  
Regierungsrat  
Beckenstube 7  
CH-8200 Schaffhausen  
www.sh.ch

T +41 52 632 71 11  
F +41 52 632 72 00  
staatskanzlei@sh.ch



Regierungsrat

Eidgenössische Zollverwaltung

**Per E-Mail:**  
stephan.lanz@ezv.admin.ch

Schaffhausen, 25. Mai 2021

**Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes»; Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Direktor  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2021 haben Sie Kantone betreffend Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes» zur Stellungnahme eingeladen. Für diese Gelegenheit danken wir.

Nach Durchsicht der Vernehmlassungsunterlagen können wir Ihnen mitteilen, dass wir den beantragten Verpflichtungskredit sowie die vorliegende Variante der Notstromaggregate, mit welcher eine zuverlässige Funktionsweise von POLYCOM garantiert wird, unterstützen. Ohne die geplante Erhöhung der Stromautonomie der POLYCOM-Standorte ist die schweizweite Kommunikation der Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit (BORS) nicht sichergestellt, was im schlimmsten Fall zu einem landesweiten Versagen der Krisenbewältigungsmassnahmen führen könnte.



Freundliche Grüsse  
Im Namen des Regierungsrates  
Der Präsident:

Walter Vogelsanger

Der Staatsschreiber:

Dr. Stefan Bilger

Ambassadorsenhof/Riedholzplatz 3  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 93 61  
inneres@ddi.so.ch

**Susanne Schaffner**  
Frau Landammann

Per E-Mail an:  
stephan.lanz@ezv.admin.ch

Eidgenössische Zollverwaltung EZV  
Taubenstrasse 16  
3003 Bern

12. Mai 2021

**Verpflichtungskredit "Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes"; Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Verpflichtungskredit "Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes" und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

**Grundsätzliches**

Der Kanton Solothurn stimmt den vorliegenden Entwürfen vollumfänglich zu. Wir empfehlen der Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, den Verpflichtungskredit von 36,5 Millionen Franken betreffend die Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes zur Annahme vorzulegen.

**Weitere Ausführungen**

Strommangellagen und Stromausfälle zählen zu den grössten Risiken für die Schweiz. Realisiert sich ein solches Risiko, ist mit schwerwiegenden Auswirkungen zu rechnen. Auch die Kommunikationsinfrastruktur ist davon betroffen. Im Falle eines Netzzusammenbruchs wird Polycom zu einem der wichtigsten Kommunikationsmittel auf nationaler und kantonaler Ebene und zu einem entscheidenden Erfolgsfaktor bei der Einsatzführung und der Bewältigung der Lage. Polycom ist für die Kantone von zentraler Bedeutung, denn mit Polycom kommunizieren sämtliche Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes (Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, Zivilschutz und technische Betriebe). Polycom bildet das flächendeckende Sicherheitsfunksystem der Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit (BORS).

Noch 2016 war bei einem vollständigen Stromausfall von drei Tagen im schlechtesten Fall nur rund die Hälfte der vorhandenen Polycom-Infrastruktur funktionsfähig. Aufgrund dieser Erkenntnis wurden alle Teilnetzbetreiberinnen (Kantone und Bund) verpflichtet, die notwendigen Konzepte für die Überbrückung eines mehrtägigen Stromausfalls zu erarbeiten und prioritär umzusetzen. Die entsprechenden Massnahmen stehen bei der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) indes noch aus.

Die EZV ist für rund ein Drittel des gesamten Polycom-Netzes verantwortlich. Nur in den sieben Binnenkantonen (Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden, Glarus, Zug, und Freiburg) finden sich keine Polycom-Standorte der EZV. Im Kanton Genf ist die EZV mit 15 Basisstationen gar die alleinige Teilnetzbetreiberin. Gerade in grenznahen Gebieten ist jedoch die Kommunikation über Polycom unerlässlich für die Sicherstellung der nationalen und kantonalen Sicherheit.

Wir unterstützen daher den beantragten Verpflichtungskredit zu Handen der Bundesversammlung sowie die vorliegend beantragte Variante mit fixen Netzersatzanlagen oder Batterien vor Ort, welche eine zuverlässige Funktionsweise von Polycom garantieren. Ohne Erhöhung der Stromautonomie der Polycom-Standorte ist die schweizweite Kommunikation der BORS nicht sichergestellt, was im schlimmsten Fall zu einem landesweiten Versagen der Krisenbewältigungsmassnahmen führen könnte.

Für die Berücksichtigung unseres Anliegens bedanken wir uns.

Freundliche Grüsse



Susanne Schaffner  
Frau Landammann

Kopie an:

- Amt für Militär und Bevölkerungsschutz AMB, Herr Diego Ochsner
- Solothurnische Gebäudeversicherung SVG, Baselstrasse 40, 4500 Solothurn; Feuerwehrinspektor, Herr Markus Grenacher

6431 Schwyz, Postfach 1260

**per E-Mail**

Eidgenössische Finanzdepartement  
3003 Bern

stephan.lanz@ezv.admin.ch

Schwyz, 27. April 2021

**Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes**

Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 17. Februar 2021 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zur oben erwähnten Vernehmlassungsvorlage bis 25. Mai 2021 Stellung zu nehmen. Für diese Einladung danken wir Ihnen bestens.

Der vorgeschlagene Bundesbeschluss sieht vor, für die Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes einen Verpflichtungskredit von 36.5 Mio. Franken zu bewilligen.

Der Kanton Schwyz stimmt der Vorlage zu.

Strommangellagen und Stromausfälle zählen zu den grössten Risiken für die Schweiz. Probleme in diesen Bereichen würden unweigerlich zu schwerwiegenden Auswirkungen in der Kommunikationsinfrastruktur führen. Im Falle eines Netzzusammenbruchs würde das System Polycom zu einer der wichtigsten Kommunikationsmittel auf nationaler und kantonaler Ebene. Polycom – das nationale Funksystem der Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit (BORS) – ermöglicht in solchen Situationen den Funkkontakt innerhalb und zwischen den verschiedenen Organisationen (Polizei, Feuerwehr, sanitätsdienstlichem Rettungswesen, technischen Betrieben der Gemeinden, Zivilschutz, Grenzwacht und Verbänden der Armee).

Wir unterstützen deshalb den Verpflichtungskredit sowie die vorliegende Variante der Notstromaggregate, die eine zuverlässige Funktionsweise von Polycom garantieren. Ohne Erhöhung der Stromautonomie der Polycom-Standorte ist die schweizweite Kommunikation der BORS nicht sichergestellt.



Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Herr Bundesrat, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:



Petra Steimen-Rickenbacher  
Landammann



Dr. Mathias E. Brun  
Staatschreiber

Kopie an:

- die Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches  
Finanzdepartement (EFD)  
Herr Ueli Maurer  
Bundesrat  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

Frauenfeld, 25. Mai 2021

318

## **Verpflichtungskredit „Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes“**


### **Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf für einen Bundesbeschluss über die Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes und teilen Ihnen mit, dass wir den beantragten Verpflichtungskredit von 36.5 Mio. Franken und die vorliegende Variante der Notstromaggregate, die eine zuverlässige Funktionsweise von Polycom garantiert, unterstützen. Ohne Erhöhung der Stromautonomie der Polycom-Standorte ist die schweizweite Kommunikation der Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit (BORS) nicht sichergestellt, was im schlimmsten Fall zu einem landesweiten Versagen der Krisenbewältigungsmassnahmen führt.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates



Der Staatsschreiber



numero			Bellinzona
2132	cl	0.	28 aprile 2021
Repubblica e Cantone Ticino Consiglio di Stato Piazza Governo 6 Casella postale 2170 6501 Bellinzona telefono +41918144111 fax +41918144435 e-mail can-sc@ti.ch			Repubblica e Cantone Ticino

## Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale delle finanze DFF  
Amministrazione federale delle dogane AFD  
Taubenstrasse 16  
3003 Berna

Invio per email:  
[stephan.lanz@ezv.admin.ch](mailto:stephan.lanz@ezv.admin.ch)

### Procedura di consultazione concernente il Credito d'impegno «Finanziamento di un'alimentazione elettrica sicura degli impianti di trasmissione della Confederazione»

Gentili signore,  
Egregi signori,

abbiamo ricevuto la vostra lettera del 17 febbraio 2021 in merito alla summenzionata procedura di consultazione e, ringraziando per l'opportunità che ci viene offerta di esprimere il nostro giudizio, formuliamo le seguenti osservazioni.

#### **Raccomandazione**

Il Canton Ticino appoggia completamente i progetti in questione e raccomanda di sottoporre per approvazione all'Assemblea federale della Confederazione svizzera il credito d'impegno di fr. 36,5 milioni, concernente il finanziamento di un'alimentazione elettrica sicura degli impianti di trasmissione della Confederazione.

#### **Motivi della nostra presa di posizione**

Blackout e ammanchi energetici sono importanti fattori di rischio che la Svizzera deve impegnarsi a scongiurare. Infatti, qualora si verificasse un'interruzione di corrente elettrica, le conseguenze sarebbero gravi anche per l'intera infrastruttura di comunicazione.

In caso di un guasto generale della rete delle trasmissioni, il sistema Polycom sarebbe uno dei mezzi di comunicazione più importanti a livello nazionale e cantonale e, di conseguenza, costituirebbe un fattore decisivo per gestire la situazione d'emergenza che verrebbe a crearsi.

Polycom è di grande importanza per i cantoni, poiché tutte le organizzazioni partner nella protezione della popolazione (polizia, pompieri, servizi autoambulanze, protezione civile e servizi tecnici) utilizzano questo sistema per comunicare tra di loro. Polycom è la rete radio nazionale delle autorità e delle organizzazioni di soccorso e sicurezza (AOSS) e copre l'intero territorio nazionale.

Fin dal 2016 si è valutato che una situazione eccezionale di interruzione totale dell'approvvigionamento energetico della durata di tre giorni avrebbe messo fuori servizio, nel peggiore dei casi, circa la metà dell'infrastruttura Polycom. Su questa considerazione di base tutti i gestori di reti secondarie (Cantoni, Confederazione) sono stati chiamati a potenziare le loro infrastrutture in modo da ovviare a un'eventuale interruzione di corrente. I potenziamenti anelati risultano tuttavia sospesi presso l'Amministrazione Federale delle Dogane (in seguito AFD), mentre i Cantoni hanno provveduto ad aggiornare i loro sistemi. L'AFD è responsabile di circa un terzo dell'intera rete Polycom. Solo nei cantoni dell'interno (Lucerna, Uri, Svitto, Obvaldo e Nidvaldo, Glarona, Zugo e Friburgo) non ci sono siti Polycom gestiti dall'AFD. Nel Canton Ginevra, l'AFD è addirittura l'unico operatore di rete secondaria con 15 stazioni di base, mentre nel Canton Ticino le stazioni federali sono più di quelle cantonali e sono in particolare fondamentali per la copertura del Sottoceneri. Infatti, soprattutto nelle zone vicine al confine, la comunicazione tramite Polycom è indispensabile per garantire la sicurezza nazionale e cantonale.

In base a quanto precede, il Canton Ticino sostiene di principio il credito d'impegno richiesto, così come l'attuale variante delle unità di alimentazione di emergenza, che garantisce un funzionamento affidabile di Polycom e quindi l'efficacia della strategia di gestione delle crisi.

#### **Mantenimento dell'operabilità della rete di comunicazione**

Come già menzionato, il Canton Ticino saluta molto positivamente l'iniziativa della Confederazione di potenziare le stazioni Polycom gestite dall'AFD in modo da allinearsi con quanto già fatto dai Cantoni e garantire l'operabilità anche qualora si verificassero ammanchi energetici.

Tuttavia, siccome la rete di competenza federale ricopre un'importanza fondamentale per la comunicazione nel Sottoceneri, ed è per questo un elemento strategico irrinunciabile, il Canton Ticino, la sua Polizia cantonale e gli altri attori della protezione della popolazione, chiedono che la Confederazione assicuri che durante i lavori di potenziamento non vi siano interruzioni di corrente che possano generare disagi e pregiudizi alla sicurezza e all'ordine pubblico dati dall'impossibilità di usufruire della rete Polycom. In particolare, è imprescindibile che le operazioni di aggiornamento non interrompano l'erogazione elettrica sulle tratte cui le autorità cantonali sono collegate.

Un altro aspetto che riguarda il mantenimento della funzionalità della rete Polycom è che la Confederazione s'impegni affinché le stazioni che dovranno essere alimentate con generatori portatili siano sempre mantenute operative tramite l'impiego del personale proprio dell'AFD.

#### **Criticità di ordine finanziario**

Colpisce l'entità dei costi indicati nel rapporto esplicativo alla richiesta del credito d'impegno. Gli attuali costi di esercizio relativi al progetto, al di sopra dello standard di molti Cantoni, verranno infatti maggiorati di ulteriori fr. 3.1 mio all'anno a partire dal 2025. Per il solo territorio ticinese l'aumento dei costi di manutenzione si attesterebbe intorno ai 310'000 franchi all'anno.

Questo aumento di oneri finanziari va per altro controcorrente rispetto agli sforzi, in particolare del nostro Cantone, volti a ridurre il costo della gestione dell'infrastruttura Polycom.

Di particolare preoccupazione per il Canton Ticino è l'eventualità che, in base al contratto in vigore tra la Polizia cantonale e l'AFD, fino al 50% di questi nuovi e aumentati costi vengano riversati sul Cantone. Gli accordi vigenti non devono infatti essere sfruttati per cercare partecipazioni cantonali al finanziamento di opere di aggiornamento necessarie e che solo la Confederazione deve ancora compiere. È dunque d'uopo che si chiarisca se i "costi a carico della Confederazione" menzionati al punto 4.1 del rapporto esplicativo debbano essere intesi come costi che verranno assunti dalla Confederazione, escludendo ogni possibile riversamento sui Cantoni con cui sono stati conclusi dei contratti di condivisione dei costi.

Ulteriormente da chiarire e approfondire sono le ripercussioni di cui al punto 4.3, al momento poco chiare.

#### **Altri sviluppi auspicabili**

Aldilà del potenziamento della rete Polycom volto ad evitare i disagi causati dall'interruzione dell'approvvigionamento elettrico, sarebbe ancora opportuno sviluppare delle procedure operative concordate e coordinate tra tutti gli attori implicati, segnatamente tra Cantoni e Confederazione, in modo da poter agire in caso di ammanco energetico secondo una strategia uniforme in tutto il paese.

Siccome i Cantoni hanno già provveduto a potenziare le loro reti e hanno già sviluppato delle strategie adatte al loro territorio, queste esperienze dovrebbero permettere di avanzare comunemente per trovare soluzioni omogenee.

Infine, per ciò che concerne la strategia di definizione delle priorità, dunque i criteri con cui si deciderà quali stazioni verranno alimentate con gruppi elettrogeni d'emergenza fissi e quali tramite batteria, è auspicabile che la Confederazione condivida la sua posizione con la Polizia cantonale, e che si crei sinergia e cooperazione nella gestione della comunicazione in caso di crisi.

Il signor Marc Jäger ([marc.jäger@ti.ch](mailto:marc.jäger@ti.ch); 091 814 88 17; 079 836 15 89), responsabile del servizio tecnico della Polizia cantonale, rimane a vostra disposizione in caso di domande.

Vogliate gradire, gentili signore ed egregi signori, l'espressione della nostra stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:

Norman Gobbi

Il Cancelliere:

Arnaldo Coduri

Copia per conoscenza a:

- Dipartimento delle istituzioni ([di-dir@ti.ch](mailto:di-dir@ti.ch));
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni ([di-sg.ap@ti.ch](mailto:di-sg.ap@ti.ch));
- Polizia cantonale ([polizia-segr@polca.ti.ch](mailto:polizia-segr@polca.ti.ch));
- Deputazione ticinese alle Camere federali ([can-relazioniesterne@ti.ch](mailto:can-relazioniesterne@ti.ch));
- Pubblicazione in Internet.



## Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)  
3003 Bern

### **Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes»; Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2021 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zum Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes» Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat nimmt zustimmend Kenntnis vom aufgezeigten Vorgehen und dem vorgeschlagenen Umfang des Verpflichtungskredits des Bundes.

Sehr geehrter Herr Bundesrat, wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 23. März 2021



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

  
Urban Camenzind

  
Roman Balli

Réf. : 21\_GOV\_217

Lausanne, le 12 mai 2021

**Consultation fédérale (CE) - Crédit d'engagement « Financement d'un approvisionnement en électricité sûr des émetteurs de la Confédération »**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat vaudois a pris connaissance de la consultation concernant le financement d'un approvisionnement en électricité sûr des émetteurs Polycom de la Confédération, et vous remercie de l'y avoir associé.

Nous relevons ici que Polycom est le réseau radio national des autorités et des organisations chargées du sauvetage et de la sécurité (AOSS) en Suisse. Disponible sur l'ensemble du territoire suisse, il permet le contact radio entre les différentes organisations partenaires telles que l'Administration fédérale des douanes (AFD), les polices, les sapeurs-pompiers, les services d'urgence médico-sanitaires, la protection civile, les services d'entretien des routes nationales, certaines formations d'appui de l'armée ainsi que les exploitants d'infrastructures critiques. Ce réseau national est constitué d'environ 750 stations de base qui permettent les communications radio entre les 55'000 utilisateurs des AOSS de la Confédération, des cantons et des communes.

Leur permettant de communiquer et d'échanger des données via une infrastructure uniforme, homogène et sécurisée, Polycom agit, outre les communications radio, comme vecteur de déclenchement des sirènes d'alarme à la population. De ce fait, la sécurité de fonctionnement de ce réseau radio et plus globalement des moyens de communication des AOSS doit être envisagée comme une priorité absolue. En effet, une défaillance des moyens de transmission péjore de manière importante la possibilité d'informer, d'alarmer, de communiquer et de coordonner les différents intervenants, et d'autant plus en cas de crise.

Chaque canton assure le rôle d'opérateur des stations de base Polycom sises sur son territoire (réseau partiel), et prend à sa charge le financement et l'exploitation technique et tactique de sa propre infrastructure. Dans le Canton de Vaud, à l'instar d'une grande majorité des cantons, c'est la Police cantonale vaudoise (PCV) qui exerce ce rôle d'opérateur cantonal. Dans les cantons bordés par la frontière nationale, la responsabilité du réseau est partagée entre l'opérateur cantonal et l'Administration fédérale des douanes (AFD), qui finance et exploite ses propres sites le long de la frontière.



Ainsi, la PCV est en charge de 52 stations de base ou relais dans le Canton de Vaud, alors que 20 émetteurs du territoire vaudois sont sous la responsabilité de l'AFD.

Il faut relever que la PCV exploite sous sa responsabilité l'ensemble du réseau de transmission entre ces sites, y compris ceux de l'AFD.

Une avarie de l'approvisionnement en électricité fait partie des plus grands risques auxquels notre pays est exposé. Preuve en est la première position de la pénurie d'électricité dans l'analyse des risques fédérale en termes d'ampleur et de fréquence, ainsi que la 4<sup>e</sup> position dans l'analyse des risques du Canton de Vaud. Une pénurie de plusieurs jours et d'ampleur nationale ou régionale engendrerait immédiatement une crise dont les conséquences sont multiples, et à laquelle les AOSS devront faire face. Or, sans une sauvegarde de l'autonomie en électricité des infrastructures du réseau Polycom, celui-ci subira également cette avarie et ne permettra plus de répondre aux exigences de disponibilité. Cette problématique notamment été démontré dans le cadre de l'exercice du Réseau national de sécurité 2014 (ERNS 14).

Le groupe Utilisateurs Polycom (AGr Nutzer Polycom), sous l'égide de l'Office fédéral de la protection de la population (OFPP) et auquel l'AFD et la PCV participent, a pris la décision suivante dans sa séance du 21 octobre 2010 : « chaque exploitant de réseau partiel établit à l'intention du groupe Utilisateurs Polycom un concept opérationnel et tactique sur la manière de remédier à une panne pouvant durer jusqu'à 3 jours. » Il est ainsi demandé aux opérateurs des réseaux partiels de mettre en place une stratégie d'alimentation de secours de leurs stations de base en cas de pénurie d'électricité, afin d'accroître la résilience du réseau face à un tel événement.

En collaboration avec les services cantonaux concernés, la PCV a mis en place une stratégie pour la sauvegarde de l'alimentation de ses propres infrastructures Polycom. Celle-ci se fonde sur le déploiement de groupes électrogènes mobiles en cas d'avarie de l'alimentation électrique dans les sites accessibles, et l'installation de groupes électrogènes fixes à demeure dans les sites d'accès difficiles. L'opérateur cantonal n'ayant lui-même pas les ressources nécessaires pour stocker, entretenir et déployer ces génératrices dans ces différents lieux, ces prestations seront déléguées par convention au Service de la sécurité civile et militaire (SSCM) ainsi qu'à la Protection civile vaudoise (PCi VD). Cette stratégie a été mise en œuvre et testée lors de plusieurs exercices au niveau cantonal en 2018, 2019 et 2020. Les retours d'expérience ont mis en lumière certaines optimisations possibles en termes de processus et d'organisation, mais ont également permis de valider la stratégie choisie.

Concernant le financement nécessaire à la mise en œuvre de cette stratégie, le budget nécessaire a été intégré à l'exposé des motifs et projet de décret (EMPD) accordant un crédit pour financer le renouvellement du réseau radio Polycom de l'Etat de Vaud, en juillet 2018. Un appel d'offres sur les marchés publics a été publié début 2021 pour l'acquisition de nouveaux groupes électrogènes dédiés aux sites vaudois.

Il faut relever que contrairement à la Confédération, l'Etat de Vaud a intégré le financement des génératrices dans son projet global de renouvellement du réseau Polycom cantonal pour une raison d'opportunité. Il s'agit cependant de deux projets distincts, l'un permettant le renouvellement des systèmes et de la technologie du réseau radio, l'autre concernant le renforcement de l'autonomie électrique des sites qui hébergent ces systèmes. De plus, les technologies qui remplaceront le réseau Polycom à terme pourront probablement être implantées dans les mêmes sites. Aussi, ces investissements de la Confédération et de l'Etat de Vaud devraient perdurer indépendamment de la technologie installée.

Au même titre que pour les stations sous responsabilité cantonale, l'absence de concept au niveau de l'AFD aurait pour conséquence une indisponibilité du réseau Polycom tout au long de la frontière nationale, avec des conséquences au-delà dans de nombreuses agglomérations et régions du canton.

Le Conseil d'Etat ne peut donc que se féliciter du fait que la Confédération ait opté pour une stratégie qui se calque globalement sur les stratégies des cantons, et sur celle du Canton de Vaud en particulier. De manière générale, le Conseil d'Etat soutient ainsi cette demande de crédit pour le financement d'un approvisionnement en électricité sûr des émetteurs de la Confédération et n'a, sur le fond, que peu de remarques à formuler. La plupart sont d'ordre technique ou constituent des points d'attention.

Il est relevé que ce projet entre dans le cadre du développement et du renforcement de la sécurité des moyens de communication des AOSS de la Confédération, des cantons et des communes, et il s'inscrit dans une série de projets techniques auxquels le Canton de Vaud participe et qui comprend notamment le renouvellement des systèmes et de la technologie du réseau Polycom (WEP 2030), le système national d'échange de données sécurisé (SEDS) et le système de communication de données mobile de sécurité à large bande (CMS).

Concernant la solution proposée, le Conseil d'Etat prend note que les sites qui ne pourraient pas être atteints en temps utile en cas d'avarie du réseau électrique disposeront d'installations auxiliaires d'alimentation fixes ou de batteries installées à demeure. Lorsque cette solution ne peut pas être réalisée ou que l'analyse des risques montre qu'une installation fixe ne s'impose pas, des groupes électrogènes mobiles seraient acheminés sur le site. Une petite partie des sites ne sera pas équipée, lorsque l'exploitation du site n'est pas considérée comme prioritaire (par exemple vallées reculées) en cas de panne de grande envergure.

Concernant les sites qui ne seront pas équipés, le Conseil d'Etat estime que bien que la solution proposée permette de répondre de la manière la plus efficiente possible à une avarie d'électricité d'envergure nationale, elle devrait également permettre de répondre à des pannes d'électricité plus locales. Par exemple, l'alimentation de secours d'une station permettrait aux secouristes de communiquer sur le secteur d'engagement dans le cas, d'une catastrophe naturelle ayant engendré une coupure d'électricité dans une vallée reculée, cela évidemment dans la mesure où la station elle-même n'est pas touchée.

Comme expliqué dans le rapport explicatif, l'acheminement de groupes électrogènes mobiles sera extrêmement gourmand en termes de ressources humaines durant la phase de chaos qui caractérise le début d'une crise, ce d'autant plus si la crise est globale. De plus, le personnel doit disposer de compétences qui sont compatibles avec la technique choisie pour le branchement de ces génératrices et avec les prescriptions de sécurité dans le domaine des installations électriques. Il conviendra que l'AFD en tienne compte dans la planification et la formation de ses équipes et des services de piquet nécessaires.

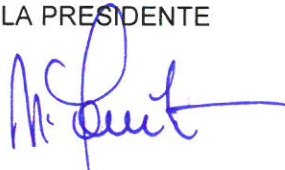
La consultation évoque le rapport d'évaluation de l'exercice de conduite stratégique (ECS) de novembre 2009, qui ne « semble pas considérer l'approvisionnement en carburant des poids lourds et des automobiles comme source de problème, mais compte tenu du fait que les pompes à essences sont aujourd'hui toutes équipées de puces électroniques, cette hypothèse doit être remise en question. » Au-delà de la problématique des transports et de la mobilité, le rapport explicatif ne fait pas mention du ravitaillement des groupes électrogènes dont il est question. En effet, la sauvegarde de l'alimentation des sites Polycom doit être assurée aussi longtemps que la pénurie d'électricité perdure, et un concept de réapprovisionnement doit être mis en œuvre. Cette thématique sera traitée dans les prochains mois entre les services de l'Etat de Vaud pour le ravitaillement des stations vaudoises, et il semble qu'une collaboration à ce sujet entre les services cantonaux et fédéraux pourrait contribuer à une optimisation des processus y relatifs.

En conclusion, le Conseil d'Etat est satisfait que la Confédération prenne en main la sauvegarde de l'alimentation de secours des stations Polycom fédérales et se prononce favorablement quant à l'objet de la présente consultation. Il tient à faire part de la pleine et entière collaboration des services concernés au sein de l'Administration cantonale vaudoise qui se tiennent à disposition et partageront volontiers tous les éléments de la stratégie cantonale et leur expérience en la matière.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Nuria Gorrite

LE CHANCELIER



Vincent Grandjean

**Copies**

- Mme Béatrice Métraux, Conseillère d'état et cheffe du DES
- M. Jacques Antenen, Commandant de la Police cantonale



2021.01596

**P.P.** CH-1951  
Sion

**A**-PRIORITY Poste CH SA

Département fédéral des finances  
Monsieur Ueli Maurer  
Conseiller fédéral  
Bundesgasse 3  
3003 Berne



Notre réf. CV  
Votre réf. LaS

Date **28 AVR. 2021**

**Consultation fédérale – Crédit d'engagement « Financement d'un approvisionnement en électricité sûr des émetteurs de la Confédération »**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat du Canton du Valais vous remercie de l'avoir associé à la consultation précitée.

Nous approuvons le projet proposé et encourageons la mise en place de nouvelles génératrices afin d'assurer le fonctionnement continu des infrastructures en cas de coupure d'alimentation.

Le Valais salue le renforcement de l'autonomie électrique des émetteurs de la Confédération, en particulier pour les cantons frontaliers. L'engagement de ce crédit devrait permettre, en cas de panne de réseau, d'éviter de lourdes conséquences économiques et sécuritaires pour notre pays.

Pour toutes questions éventuelles, nous vous invitons à contacter directement Monsieur Valentin Moix, Chef de la section technique de la Police cantonale valaisanne ([valentin.moix@police.vs.ch](mailto:valentin.moix@police.vs.ch)).


Nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre considération distinguée.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

Le chancelier

  
Christophe Darbellay

  
Philipp Spörri



Copie à - M. Christian Varone, Commandant de la Police cantonale  
- [stephan.lanz@ezv.admin.ch](mailto:stephan.lanz@ezv.admin.ch)



Sicherheitsdirektion, Postfach, 6301 Zug

**Nur per E-Mail**

Eidgenössisches Finanz-  
departement EFD  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

T direkt +41 41 728 50 23  
michael.siegrist@zg.ch  
Zug, 11. Mai 2021 SIMC  
SD SDS 7.11 / 283

**Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes»**

**Vernehmlassungsantwort des Kantons Zug**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2021 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zur oben genannten Vorlage eine Vernehmlassung bis 25. Mai 2021 einzureichen. Wir nehmen diese Gelegenheit gerne wahr. Der Regierungsrat des Kantons Zug hat die Sicherheitsdirektion mit der Einreichung einer Vernehmlassungsantwort beauftragt.

Der Kanton Zug ist von der Vorlage nicht direkt betroffen, da auf seinem Gebiet keine Sendeanlagen der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) stehen. Wir anerkennen jedoch, dass die Vorlage für den Bund und die anderen Kantone von grosser Bedeutung ist, da sie für die kommenden Jahre eine vor Stromausfällen geschützte Funkkommunikation sicherstellt. Nach Durchsicht der Vernehmlassungsunterlagen können wir Ihnen daher mitteilen, dass wir mit der Vorlage einverstanden sind und keine Änderungs- oder Ergänzungsanträge haben.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse  
Sicherheitsdirektion

Beat Villiger  
Regierungsrat

Versand per E-Mail an:

- Herr Stephan Lanz ([stephan.lanz@ezv.admin.ch](mailto:stephan.lanz@ezv.admin.ch); als PDF- und als Word-Version)
- Amt für Zivilschutz und Militär ([info.azm@zg.ch](mailto:info.azm@zg.ch))
- Zuger Polizei ([kommandooffice.polizei@zg.ch](mailto:kommandooffice.polizei@zg.ch))
- Staatskanzlei ([info@zg.ch](mailto:info@zg.ch); zur Aufschaltung im Internet)



Eidgenössisches Finanzdepartement  
3003 Bern

5. Mai 2021 (RRB Nr. 450/2021)

**Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes» (Vernehmlassung)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 17. Februar 2021 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zum Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes» Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Strommangellagen und Stromausfälle zählen zu den grössten Risiken für die Schweiz. In ihrer Folge ist mit schwerwiegenden Auswirkungen zu rechnen. Auch die öffentliche Kommunikationsinfrastruktur ist davon betroffen. Im Falle von Strommangellagen und Stromausfällen wird Polycom zu einem der wichtigsten Kommunikationsmittel auf nationaler und kantonaler Ebene und zu einem entscheidenden Erfolgsfaktor bei der Einsatzführung und der Bewältigung der Lage.

Die von der Kantonspolizei Zürich im Kanton Zürich betriebenen Sendeanlagen sind bereits mit Netzersatzanlagen ausgerüstet. Damit der Betrieb des Polycom-Netzes auf dem ganzen Kantonsgebiet auch bei Stromausfällen gewährleistet ist, ist es zwingend, die von der Eidgenössischen Zollverwaltung betriebenen Polycom-Sendeanlagen mit Netzersatzanlagen auszurüsten.

Wir begrüßen das Vorhaben in der geplanten Form. Ohne Erhöhung der Stromautonomie der Polycom-Sendestandorte ist die Kommunikation des Sicherheitsfunksystems der Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit nicht sichergestellt, was im schlimmsten Fall zu einem Versagen der Krisenbewältigungsmassnahmen führen kann. Angesichts dessen erwarten wir eine rasche, prioritäre Umsetzung.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat,  
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatsschreiberin:

Jacqueline Fehr

Dr. Kathrin Arioli





FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Herr Stephan Lanz  
Eidgenössische Zollverwaltung  
Taubenstrasse 16  
3003 Bern

Bern, 01. Juni 2021 / JG  
VL\_Finanzierung\_Polycom

Per Mail an: [stephan.lanz@ezv.admin.ch](mailto:stephan.lanz@ezv.admin.ch)

**Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes»  
Stellungnahme der FDP.Die Liberalen**

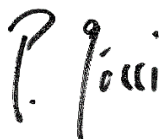
Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Laut dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und seiner nationalen Risikoanalyse gehört die landesweite mehrtägige Strommangellage oder der mehrtägige regionale Stromausfall zu den grössten Bedrohungen der Schweiz. Im Rahmen einer strategischen Führungsübung sowie Sicherheitsverbandsübung wurden diese Bedrohungsszenarien durchgespielt und festgestellt, dass die Sendeanlagen nur eingeschränkt nutzbar wären und den gestellten Ansprüchen nicht genügen. So ist es folgerichtig, dass das Sicherheitsfunksystem Polycom eine sekundäre Stromversorgung erhält. Nur so kann im Krisenfall eine funktionierende Einsatzkommunikation der Behörden und Organisationen der Sicherheit und Rettung gewährleistet werden. Dementsprechend unterstützt die FDP den vorgelegten Verpflichtungskredit, denn es ist wichtig, auch in einer Krise die Sicherheit und Versorgung der Schweizer Bevölkerung sicherzustellen. Insbesondere begrüssenswert ist, dass die Stromautonomie des Systems durch eine technologieunabhängige Lösung erreicht wird. Somit entfällt bei einer allfälligen Weiterentwicklung des Kommunikationssystems eine erneute Investition in die Notstromversorgung.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse  
FDP.Die Liberalen  
Die Präsidentin



Petra Gössi  
Nationalrätin

Die Generalsekretärin



Fanny Noghero



**GRÜNE Schweiz**

Urs Scheuss  
Waisenhausplatz 21  
3011 Bern

urs.scheuss@gruene.ch  
031 326 66 04

Eidgenössische Zollverwaltung  
Taubenstrasse 16  
3003 Bern

per Mail an: [stephan.lanz@ezv.admin.ch](mailto:stephan.lanz@ezv.admin.ch)

Bern, 27. Mai 2021

**Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes»; Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben die GRÜNEN für eine Stellungnahme zum Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes» eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur Vorlage zu äussern.

Aus Sicht der GRÜNEN muss der Bund beim Klimaschutz eine Vorbildrolle einnehmen. Eine auf fossilen Ressourcen basierende Energieversorgung von Anlagen des Bundes ist daher grundsätzlich nicht weiter zu verfolgen. Dem erläuternden Bericht zur Vorlage ist aber zu entnehmen, dass zur Sicherung der Stromversorgung von Sendeanlagen u.a. dieselbetriebene Netzersatzanlagen zum Einsatz kommen. Aus Sicht der GRÜNEN sollen in Zukunft nur noch auf erneuerbaren Energien basierende Lösungen eingesetzt werden. Technisch ist dies möglich, z.B. eine Kombilösung mit Solarenergie und Batterien. Überschüssiger Solarstrom aus der Produktion, wenn die Batterien voll sind, könnte ins Netz eingespiessen werden, was die Anlagen zudem finanziell attraktiv macht. Die GRÜNEN schlagen daher vor, den Art. 1 der Vorlage wie folgt zu ergänzen:

*«Für die Finanzierung einer sicheren Stromversorgung mit erneuerbaren Energien von Sendeanlagen des Bundes wird ein Verpflichtungskredit von 36,5 Millionen Franken bewilligt.»*

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und die Anpassung der Vorlage. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Balthasar Glättli  
Präsident

Urs Scheuss  
stv. Generalsekretär



Eidgenössisches Finanzdepartement  
EFD  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

Elektronisch an:  
stephan.lanz@ezv.admin.ch

Bern, 7. April 2021

## **Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes»**

### **Antwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Sicherheitsfunksystem Polycom ermöglicht die Kommunikation zwischen den Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit der Schweiz in allen Lagen. Damit dieses Netz auch im Falle eines Zusammenbruchs des Stromnetzes sichergestellt werden kann, muss insbesondere die Stromautonomie für die Sendestandorte des Bundes erhöht werden. Für die einmaligen Investitionsausgaben zur Anlagenbeschaffung in Höhe von 36,5 Millionen Franken beantragt der Bundesrat einen Verpflichtungskredit. Die jährlichen Betriebskosten belaufen sich auf zwei Millionen Franken.

**Die SVP stimmt der Vorlage im Grundsatz zu. Abgestützt auf die Erkenntnisse erfolgreicher strategischer Führungs- sowie Sicherheitsverbandsübungen ist ein Handlungsbedarf zur Versorgungsautonomie des nationalen Sicherheitsfunknetzes mit Blick auf eine Strommangellage gegeben. Gemäss nationaler Risikoanalyse des Bundesamts für Bevölkerungsschutz (BABS) zählen eine Strommangellage und ein Stromausfall zu den grössten Risiken für die Schweiz.**

Unbestritten würde ein Netzzusammenbruch zu einer besonderen oder gar ausserordentlichen Lage führen, bei der alle Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit der Schweiz involviert wären. In einer solchen Situation würde Polycom zu einem der wichtigsten Kommunikationsmittel auf nationaler Ebene und damit zu einem entscheidenden Erfolgsfaktor bei der Einsatzführung und der Bewältigung der Lage. Der erläuternde Bericht zeigt nachvollziehbar auf, dass ohne Erhöhung der Stromautonomie des Sicherheitsfunksystems bei der landesweiten Kommunikation ein Versagen der Krisenbewältigungsmassnahmen droht.

Die vorgeschlagene Umsetzungsvariante, d. h. auf eine Investition in Anlagen ohne Priorität zu verzichten, gewährt unter Berücksichtigung der Risiken ein optimales Kosten-Nutzen-Verhältnis. Eine zuverlässige Funktionsweise ist somit gewährleistet. Dieses qualitative Erfordernis ist für die SVP ein zentraler Punkt für die Unterstützung der Vorlage.

Weiter wird begrüsst, dass beabsichtigt ist, das enorme Synergiepotential zwischen der Stromautonomie der öffentlichen Mobilfunknetze und des Polycomnetzes zum Vorteil von allen Betroffenen zu nutzen. Auf die Erarbeitung einer allfälligen Botschaft hin muss diese sinnvolle Nutzung unbedingt in einer Kostenschätzung ausgewiesen werden.

Allerdings wird sich aus Sicht der SVP die Gefahr vor einer Strommangellage bzw. von einem Stromunterbruch unabhängig der Vorlage - und als eigentliche Wurzel des Problems - noch weiter zuspitzen. Bis in zwanzig Jahren fallen mit dem altersbedingten Auslaufen der Schweizer AKW rund 40 Prozent der Inlandproduktion weg. Dieser Prozess hat mit der Abschaltung des AKW-Mühleberg bereits begonnen. Dabei zeigen sich bereits heute technische, politische sowie gesetzliche, limitierende Faktoren bei den Erneuerbaren. Gleichzeitig wird mit dem CO2-Gesetz die Nachfrage nach Strom zusätzlich forciert, indem das CO2-Gesetz eine Elektrifizierung des Gebäudeparks und des Verkehrs erfordert. Die Folgen der weitreichenden staatlichen Massnahmen sind, dass bis ins Jahr 2045 die Stromproduktion um 65 Prozent erhöht werden muss – ein Ding der Unmöglichkeit. Im Kern wird die absehbare Strommangellage aufgrund des ansteigenden Strombedarfs gerade durch die «Netto-Null-Politik» befeuert.

Kommt hinzu, dass in Deutschland die letzten AKW 2022 vom Netz gehen, der Kohleausstieg beschleunigt wird und gleichzeitig die notwendigen Nord-Süd-Leitungen für die Windkraft fehlen. In Frankreich ist der Kraftwerkpark alt und der Ersatz unklar. Somit drohen auch unsere Nachbarn zu Importeuren zu werden. Trotzdem wird punkto Versorgungssicherheit als «Strategie» offensichtlich noch mehr Abhängigkeit angestrebt, obwohl der Zugang zum Strommarkt mittels Abkommen blockiert ist und vom Ausland durch das Rahmenabkommen bedingt wird.

Unter dem Strich verbleiben Gaskraftwerke als einzige Möglichkeit, um die Stromproduktion (insbesondere im Winter) zu sichern. Diese wiederum stossen aber CO2 aus, sind nicht rentabel und verursachen bereits heute Widerstand.

Somit ist offensichtlich, dass nebst einem sicheren Kommunikationsnetz als Teilproblem das Risiko einer Strommangellage als die zentrale, strategische Herausforderung ungelöst weiter besteht. Sollte das Stromnetz grossflächig ausfallen, müsste mit erheblichen Auswirkungen auf die Versorgung der Schweiz beziehungsweise auf den Produktionsstandort Schweiz gerechnet werden, mit den entsprechend negativen Folgen für die Wirtschaft und die Bevölkerung. Das BABS beziffert dabei das Schadenspotential einer Strommangellage auf rund 185 Milliarden Franken. Aus diesem Grund erachtet die SVP die Versorgungssicherheit als höchste Priorität.

Schlussendlich erscheint es paradox, dass der Bundesrat «zur Sicherheit» grossflächig in Stromgeneratoren investieren will und gleichzeitig beabsichtigt, die gesamte Bevölkerung sowie die KMU mit neuen CO2-Abgaben zu belasten.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

## SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident



Marco Chiesa  
Ständerat

Der Generalsekretär



Peter Keller  
Nationalrat



Per Mail an: [stephan.lanz@ezv.admin.ch](mailto:stephan.lanz@ezv.admin.ch)

Bern, 20. Mai 2021

## Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes»: Stellungnahme SP Schweiz

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir gerne nutzen.

### **Ausgangslage**

*Das Sicherheitsfunksystem Polycom ermöglicht die Einsatzkommunikation zwischen den Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit (BORS) der Schweiz in allen Lagen.*

*Die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) ist verantwortlich für rund einen Drittel aller Polycom-Sendestandorte, die im Eigentum des Bundes stehen. Im Hinblick auf eine Strommangellage hat die EZV vom Bundesrat den Auftrag erhalten, die Stromversorgung des nationalen Sicherheitsfunknetzes Polycom zu überprüfen und gegebenenfalls zu erhöhen.*

*Die EZV verfügt seit 2016 über ein Konzept zur Erhöhung der Stromautonomie der Sendestandorte, um die Stromversorgung zu gewährleisten. Der Start für die Umsetzung ist jedoch aufgrund der ausstehenden Finanzierung und Priorisierung anderer wichtiger Vorhaben bis heute nicht erfolgt. Mit der Umsetzung des Konzepts werden bei einem Stromausfall auch die Grenzkantone flächendeckend und unterbruchsfrei mit Polycom versorgt. Die Kantone haben die Konzepte für ihre Standorte bereits umgesetzt.*

### **Inhalt der Vorlage**

*Damit die schweizweit flächendeckende Kommunikation und Einsatzführung mittels Polycom auch bei Zusammenbruch des Stromnetzes «End to End» sichergestellt werden kann, muss die Stromautonomie für die Sendestandorte des Bundes sowie punktuell betrieblich (z. B. für autonome Lademöglichkeiten für die Funkgeräte) erhöht werden. Für die sichere Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes fallen für die Jahre 2023-2030 Gesamtausgaben von rund 58.4 Mio. Fr. an. **Für die einmaligen Investitionsausgaben zur Anlagenbeschaffung (36.5 Mio. Fr.) im Zeitraum 2023-2026 beantragt der Bundesrat nun einen Verpflichtungskredit von 36.5 Mio. Fr.** Die jährlichen Betriebskosten belaufen sich auf zwei Millionen Franken.*

Der in der Vernehmlassung stehende Bundesbeschluss beschränkt sich darauf, einen Verpflichtungskredit zu genehmigen. **Mit der Genehmigung des Verpflichtungskredites sind wir grundsätzlich einverstanden. Es erscheint uns richtig und wichtig, dass eine schweizweit flächendeckende Kommunikation und Einsatzführung mittels Polycom auch bei Zusammenbruch des Stromnetzes «End to End» sichergestellt werden kann.**

Wir möchten an dieser Stelle aber einen zusätzlichen Aspekt einbringen: Im erläuternden Bericht wird auf der Seite 15 ausgeführt, welche Techniken zum Einsatz kommen sollen: *«Es kommen USV (unterbrechungsfreie Stromversorgung) und NEA (dieselbetriebene Netzersatzanlagen, Kategorie 1a) oder weitere zu prüfende Alternativen (z. B. Batterien und Solarzellen, Kategorie 1b) zum Einsatz».* In Anbetracht dessen, dass sich der Bundesrat zum Netto Null-Ziel 2050 bekennt hat, finden wir, dass auf fossilen Energien beruhende Lösungen nicht zukunftsgerichtet sind. **Deshalb beantragen wir, dass primär Lösungen in Betracht gezogen werden, die auf erneuerbaren Energien basieren.** Fossile Lösungen sollen erst als sekundäre Variante in Betracht gezogen werden. Der Bundesbeschluss sollte unseres Erachtens also folgendermassen angepasst werden:

*Art. 1*

Für die Finanzierung einer sicheren Stromversorgung mit erneuerbaren Energien von Sendeanlagen des Bundes wird ein Verpflichtungskredit von 36,5 Millionen Franken bewilligt.

Um die Stromversorgung sicherzustellen erscheint uns eine Kombilösung von Solarenergie und Batterien am idealsten. Überschüssiger Solarstrom aus der Produktion (d.h., wenn die Batterien voll sind) könnte sodann ins Netz eingespeisen werden. Dies würde die Anlagen finanziell attraktiv machen – denn die Unterhaltskosten von Dieselgeneratoren hätten im Gegensatz zur Solarlösung keinen Zusatznutzen. Eine weitere Möglichkeit würde der Einsatz von erneuerbaren Treibstoffen bieten. Nebst der finanziellen Attraktivität hätten erneuerbare Lösungen auch einen Vorbildcharakter für private Notstromlösungen.

Ob sich eine entsprechende Konkretisierung («mit erneuerbaren Energien») positiv oder negativ auf die Gesamtkosten auswirkt, können wir an dieser Stelle nicht abschliessend beantworten. Jedoch sind wir überzeugt, dass sich der Einsatz erneuerbarer Technologien zumindest längerfristig auf jeden Fall lohnt. Wir bitten Sie daher, dieses Anliegen zu prüfen und die Vorteile zu gewichten.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen

SP Schweiz



Mattea Meyer  
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth  
Co-Präsident



Claudia Alpiger  
Politische Fachsekretärin



Grünliberale Partei Schweiz  
Monbijoustrasse 30, 3011 Bern

Eidgenössisches Finanzdepartement  
Eidgenössische Zollverwaltung  
3003 Bern

Per E-Mail an: [stephan.lanz@ezv.admin.ch](mailto:stephan.lanz@ezv.admin.ch)

21. April 2021

Ihr Kontakt: Ahmet Kut, Geschäftsführer der Bundeshausfraktion, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail: [schweiz@grunliberale.ch](mailto:schweiz@grunliberale.ch)

## **Stellungnahme der Grünliberalen zum Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes»**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Vorlage und den erläuternden Bericht zum Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes» und nehmen dazu wie folgt Stellung:

Das Sicherheitsfunksystem Polycom ermöglicht die Kommunikation zwischen den Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit der Schweiz in allen Lagen. Damit die Einsatzbereitschaft von Polycom auch im Falle eines Zusammenbruchs des Stromnetzes sichergestellt werden kann, soll die Stromautonomie des Systems auf mehrere Tage erhöht werden. Der Bundesrat beantragt dafür einen Verpflichtungskredit von 36,5 Millionen Franken.

Im erläuternden Bericht wird ausgeführt, welche Stromquellen zum Einsatz kommen sollen (Seite 15): «Es kommen USV (unterbrechungsfreie Stromversorgung) und NEA (dieselbetriebene Netzersatzanlagen, Kategorie 1a) oder weitere zu prüfende Alternativen (z. B. Batterien und Solarzellen, Kategorie 1b) zum Einsatz.»

Mit Blick auf das Netto Null-Ziels des Bundesrates sind auf fossilen Energien beruhende Lösungen nicht zukunftsgerichtet. **Es sollten nur auf erneuerbaren Energien basierende Lösungen umgesetzt werden.** Die Grünliberalen beantragen daher, Artikel 1 des Bundesbeschlusses wie folgt zu ergänzen: «Für die Finanzierung einer sicheren Stromversorgung mit erneuerbaren Energien von Sendeanlagen des Bundes wird ein Verpflichtungskredit von 36,5 Millionen Franken bewilligt.»

Naheliegend wären Kombilösungen mit Solarenergie und Batterien. Überschüssiger Solarstrom könnte ins Netz eingespeist werden, was die Anlagen finanziell attraktiv machen würde. Denkbar ist auch der Einsatz erneuerbarer Treibstoffe.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Prüfung unserer Anmerkungen und Vorschläge.

Bei Fragen dazu stehen Ihnen die Unterzeichnenden sowie unsere zuständigen Fraktionsmitglieder, Nationalrat Beat Flach und Nationalrat François Pointet, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Grossen', with a long horizontal flourish extending to the right.

Jürg Grossen  
Parteipräsident

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Ahmet Kut', with a long horizontal flourish extending to the right.

Ahmet Kut  
Geschäftsführer der Bundeshausfraktion



**Von:** Röthlisberger Manon <Manon.Roethlisberger@chgemeinden.ch>  
**Gesendet:** Mittwoch, 28. April 2021 18:59  
**An:** Lanz Stephan EZV  
**Betreff:** SGV: Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes»

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 17. Februar 2021 haben Sie dem Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) das oben erwähnte Geschäft zur Vernehmlassung unterbreitet. Für die Gelegenheit, uns aus Sicht der rund 1600 dem SGV angeschlossenen Gemeinden äussern zu können, danken wir Ihnen.

Nach Studium der Unterlagen teilen wir Ihnen hiermit jedoch mit, dass der SGV zu dieser Vorlage keine Stellungnahme einreicht.

Vielen Dank für Ihre Kenntnisnahme.

Manon Röthlisberger

-----  
**Schweizerischer Gemeindeverband**

Manon Röthlisberger  
Projektleiterin Fachbereiche Umwelt, Raumplanung, Energie und Verkehr  
Verantwortliche  
Laupenstr. 35, Postfach  
3001 Bern  
Tel. 031 380 70 10  
[manon.roethlisberger@chgemeinden.ch](mailto:manon.roethlisberger@chgemeinden.ch)  
[www.chgemeinden.ch](http://www.chgemeinden.ch)



**SGV - Gemeinsam für starke Gemeinden**

Der **Schweizerische Gemeindeverband** vertritt die Anliegen der Gemeinden auf nationaler Ebene. Er setzt sich dafür ein, dass der Gestaltungsspielraum der Gemeinden nicht weiter eingeschränkt wird. Er informiert in der **«Schweizer Gemeinde»** - [hier](#) geht es zur aktuellen Ausgabe - im Internet und an Fachtagungen über kommunalpolitisch relevante Themen und gute Praxisbeispiele. Unter den Gemeinden fördert er den Austausch, mit dem Ziel, ihre Leistungsfähigkeit zu steigern.



Eidgenössische Zollverwaltung EZV  
Taubenstrasse 16  
3003 Bern

Per Mail: [stephan.lanz@ezv.admin.ch](mailto:stephan.lanz@ezv.admin.ch)

Bern, 9. März 2021

**Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes»**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung, an der Vernehmlassung zum oben genannten Geschäft teilzunehmen.

Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, dass wir aus Kapazitätsgründen auf eine Eingabe verzichten müssen.

Besten Dank für Ihr Verständnis.

Freundliche Grüsse

**Schweizerischer Städteverband**  
Direktorin

Renate Amstutz

## Lanz Stephan EZV

---

**Von:** Maeder Sabine <maeder@arbeitgeber.ch>  
**Gesendet:** Donnerstag, 18. Februar 2021 16:05  
**An:** \_EZV-Direktion  
**Betreff:** WG: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens / Ouverture de la procédure de consultation / Avvio della procedura di consultazione

**Kategorien:** Angela Strebel

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die uns eingeräumte Gelegenheit zur Stellungnahme in unten erwähntem Geschäft.

Da dieses Thema infolge Ressortaufteilung zwischen dem Schweizerischen Arbeitgeberverband und economiesuisse in deren Zuständigkeit fällt, verzichten wir auf eine Stellungnahme.

Freundliche Grüsse  
Sabine Maeder

---

Assistentin  
SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND  
Hegibachstrasse 47  
Postfach  
8032 Zürich  
Tel. +41 44 421 17 17  
Fax +41 44 421 17 18  
Direktwahl: +41 44 421 17 42  
[maeder@arbeitgeber.ch](mailto:maeder@arbeitgeber.ch)  
<http://www.arbeitgeber.ch>

---

**Von:** [direktion@ezv.admin.ch](mailto:direktion@ezv.admin.ch) <[direktion@ezv.admin.ch](mailto:direktion@ezv.admin.ch)>  
**Gesendet:** Mittwoch, 17. Februar 2021 15:59  
**An:** [info@die-mitte.ch](mailto:info@die-mitte.ch); [ch.schaeli@gmx.net](mailto:ch.schaeli@gmx.net); [info@cspo.ch](mailto:info@cspo.ch); [vernehmlassungen@evppev.ch](mailto:vernehmlassungen@evppev.ch); [info@fdp.ch](mailto:info@fdp.ch); [gruene@gruene.ch](mailto:gruene@gruene.ch); [schweiz@grunliberale.ch](mailto:schweiz@grunliberale.ch); [lorenzo.quadri@mattino.ch](mailto:lorenzo.quadri@mattino.ch); [info@mcge.ch](mailto:info@mcge.ch); [pdaz@pda.ch](mailto:pdaz@pda.ch); [gs@svp.ch](mailto:gs@svp.ch); [franziska.tlach@spschweiz.ch](mailto:franziska.tlach@spschweiz.ch); [verband@chgemeinden.ch](mailto:verband@chgemeinden.ch); [info@staedteverband.ch](mailto:info@staedteverband.ch); [info@sab.ch](mailto:info@sab.ch); [info@economiesuisse.ch](mailto:info@economiesuisse.ch); [bern@economiesuisse.ch](mailto:bern@economiesuisse.ch); [sandra.spieser@economiesuisse.ch](mailto:sandra.spieser@economiesuisse.ch); [info@sgv-usam.ch](mailto:info@sgv-usam.ch); Verband <[verband@arbeitgeber.ch](mailto:verband@arbeitgeber.ch)>; [info@sbv-usp.ch](mailto:info@sbv-usp.ch); [office@sba.ch](mailto:office@sba.ch); [info@sgb.ch](mailto:info@sgb.ch); [politik@kfmv.ch](mailto:politik@kfmv.ch); [info@travailsuisse.ch](mailto:info@travailsuisse.ch); [info@kkjpd.ch](mailto:info@kkjpd.ch); [kkpks@kkjpd.ch](mailto:kkpks@kkjpd.ch); [alexander.krethlow@rkmzf.ch](mailto:alexander.krethlow@rkmzf.ch); [Nathalie.Hess@babs.admin.ch](mailto:Nathalie.Hess@babs.admin.ch); [martin.ghermi@swisscom.com](mailto:martin.ghermi@swisscom.com); [marcel.huber@sunrise.net](mailto:marcel.huber@sunrise.net); [felix.weber@salt.ch](mailto:felix.weber@salt.ch)  
**Betreff:** Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens / Ouverture de la procédure de consultation / Avvio della procedura di consultazione

### **Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes»: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat am 17. Februar 2021 die Vernehmlassung für einen Verpflichtungskredit zur Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes eröffnet. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis zum 25. Mai 2021.

Weitere Informationen entnehmen Sie dem angefügten Orientierungsschreiben.

Laufende Vernehmlassungen: <https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>

**Crédit d'engagement «Financement d'un approvisionnement en électricité sûr des émetteurs de la Confédération»: ouverture de la procédure de consultation**

Mesdames, Messieurs,

Le 17 février 2021, le Conseil fédéral a mis en consultation le crédit d'engagement pour le financement d'un approvisionnement en électricité sûr des émetteurs de la Confédération. La procédure de consultation dure jusqu'au 25 mai 2021.

Vous trouverez de plus amples informations dans le courrier ci-joint.

Procédures de consultation en cours: <https://www.admin.ch/ch/f/gg/pc/pendent.html>

**Credito d'impegno «Finanziamento di un'alimentazione elettrica sicura degli impianti di trasmissione della Confederazione»: avvio della procedura di consultazione**

Gentili Signore e Signori

Il 17 febbraio 2021 il Consiglio federale ha avviato la procedura di consultazione concernente il credito d'impegno «finanziamento di un'alimentazione elettrica sicura degli impianti di trasmissione della Confederazione». La consultazione terminerà il 25 maggio 2021.

Per ulteriori dettagli consultare la lettera d'informazione allegata.

Procedure di consultazione in corso : <https://www.admin.ch/ch/i/gg/pc/pendent.html>

Freundliche Grüsse / Meilleures salutations / Distinti saluti

**Politischer Stab**

Eidgenössische Zollverwaltung EZV

[direktion@ezv.admin.ch](mailto:direktion@ezv.admin.ch)

[www.ezv.admin.ch](http://www.ezv.admin.ch)

Eidgenössisches Finanzdepartement  
3003 Bern

[stephan.lanz@ezv.admin.ch](mailto:stephan.lanz@ezv.admin.ch)

Bern, 31. März 2021

**Vernehmlassung zum Verpflichtungskredit "Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes"**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer,

Besten Dank für die Einladung zur oben erwähnten Vernehmlassung.

Die volle Funktionsfähigkeit des Sicherheitsfunksystems Polycom für die Einsatzkommunikation zwischen den Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit (BORS) muss auch im Fall eines Zusammenbruchs des Stromnetzes sichergestellt werden können. Dafür ist eine punktuelle Erhöhung der Stromautonomie der Sendestandorte unerlässlich, wie der erläuternde Bericht gut aufzeigt. **Der SGB unterstützt daher den vorliegenden Verpflichtungskredit.**

Ein Vorteil der beantragten Investitionen zur Notstromversorgung liegt insbesondere auch darin, dass diese technologieunabhängig genutzt werden können. Denn die heute mutmasslich veraltete und rein auf Sprachkommunikation basierende Technologie von Polycom dürfte mittelfristig ersetzt werden und um ein Netz ergänzt werden müssen, welches auch breitbandige Datenübertragungen zulässt.

Wir danken Ihnen für die Zusammenarbeit.

Freundliche Grüsse

**SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND**



Pierre-Yves Maillard  
Präsident



Reto Wyss  
Zentralsekretär



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Per E-Mail  
Stephan.lanz@ezv.admin.ch

Bern, 25. Mai 2021 sgv-Sc

**Vernehmlassungsantwort**  
**Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes»**

Sehr geehrte Damen und Herren

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99,8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Der sgv ist mit dem Verpflichtungskredit einverstanden.

Freundliche Grüsse

**Schweizerischer Gewerbeverband sgv**

Hans-Ulrich Bigler  
Direktor sgv, e. Nationalrat

Henrique Schneider  
stellvertretender Direktor

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

Per E-Mail an: [stephan.lanz@ezv.admin.ch](mailto:stephan.lanz@ezv.admin.ch)

Zürich-Flughafen, 4. Mai 2021

## **Vernehmlassung zum Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes»**

Sehr geehrter Herr Lanz

Mit Schreiben vom 17. Februar 2021 hat Bundesrat Ueli Maurer interessierte Kreise zur Teilnahme an der Vernehmlassung zum Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes» eingeladen. Die Flughafen Zürich AG ist als Konzessionärin des Bundes Betreiberin des grössten Landesflughafens der Schweiz. Der Flughafen Zürich ist in Anbetracht der Anzahl Grenzübertritte von Personen und Waren wichtigste Schengen-Aussengrenze des Landes und wichtigste Schengen-Binnengrenze auf dem Luftweg. Die Eidgenössische Zollverwaltung (bzw. neu das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit, BAZG) ist zur Wahrnehmung ihrer zollrechtlichen Vollzugsaufgaben am Flughafen präsent, nutzt die Infrastruktur des Flughafens und betreibt hier stationierte Polycom-Sendeanlagen.

In Bezug auf den vorliegenden Verpflichtungskredit sind wir zum Schluss gelangt, dass die Flughafen Zürich AG nicht direkt betroffen ist, weshalb wir von einer inhaltsbezogenen Stellungnahme absehen. Allerdings haben wir grosses Interesse daran, über Projekte der EZV bzw. des BAZG mit gesetzgebendem Charakter informiert zu sein und bei Bedarf Stellung nehmen zu können. Deshalb sind wir Ihnen dankbar, wenn die Flughafen Zürich AG zukünftig zu entsprechenden Vernehmlassungen eingeladen wird. Die Einladungen richten Sie gerne per E-Mail an [politik@zurich-airport.com](mailto:politik@zurich-airport.com). Besten Dank.

Freundliche Grüsse



Joana Filippi  
Leiterin Public Affairs



David Karrer  
Senior Project Leader Public Affairs



Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren  
Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police  
Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia

Per E-Mail an:

[stephan.lanz@ezv.admin.ch](mailto:stephan.lanz@ezv.admin.ch)

Bern, 21. Mai 2021

05.01.06 sro

### **Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes»; Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Vorstand KKJPD dankt Ihnen für die Möglichkeit, sich zum Verpflichtungskredit für die sichere Stromversorgung des Polycom-Funknetzes zu äussern.

Die Sicherheitsverbandsübung SVU14, an der alle Partner des Sicherheitsverbands Schweiz teilnahmen, hat anhand des Szenarios «Schweiz dunkel» eindrücklich aufgezeigt, dass die Stromsicherheit für die Kommunikationsnetze der Sicherheitsbehörden, des Bevölkerungsschutzes und der kritischen Infrastrukturen in der Schweiz ungenügend ist.

Da in den nächsten Jahren weder das im Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz vorgesehene sichere Datenverbundsystem SDVS noch das mobile breitbandige Sicherheitskommunikationssystem MSK zur Verfügung stehen werden, bleibt Polycom für den Moment das einzige Kommunikationssystem, das den Behörden für Schutz und Rettung sowie der Armee auch bei einem Stromausfall zur Verfügung steht. Eine Erhöhung der Stromsicherheit ist deshalb unabdingbar. Die Kantone haben die nötigen Vorkehrungen für die Sendeanlagen, die in ihrer Zuständigkeit liegen, bereits vorgenommen.

Fast zehn Jahre nach dem Vorliegen des Folgeberichts zur Strategischen Führungsübung 2009, der die Versorgungsengpässe im Strombereich zuhanden des Bundesrates erstmals dokumentierte, ist es an der Zeit, die Realisierung auch für die Sendeanlagen des Bundes voranzutreiben.

Die Investitionen sind auch deshalb sinnvoll, weil es inzwischen viele geteilte Standorte gibt, an denen sowohl Polycom- als auch Mobilfunkantennen betrieben werden. Hier werden sich Synergien ergeben, indem die Vorkehrungen für die Erhöhung der Stromsicherheit für beide Technologien genutzt werden können.

Der Vorstand KKJPD unterstützt die Vorlage.

Freundliche Grüsse

Roger Schneeberger  
Generalsekretär







Herr Bundesrat  
Ueli Maurer  
Vorsteher EFD  
Bundesgasse 3, 3003 Bern  
stephan.lanz@ezv.admin.ch

16. März 2021

## **Verpflichtungskredit "Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes"**

Stellungnahme zu den Vernehmlassungsunterlagen vom Februar 2021

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 17. Februar 2021 haben Sie uns gebeten, zu den Unterlagen über den titel-erwähnten Verpflichtungskredit Stellung zu nehmen.<sup>1</sup> Die Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr bedankt sich für diese Möglichkeit.

### **Empfehlung**

Der Vorstand der RK MZF stimmt den vorliegenden Entwürfen vollumfänglich zu. Er empfiehlt, der Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft den Verpflichtungskredit von 36,5 Millionen Franken betreffend die Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes zur Annahme vorzulegen.

### **Begründung**

Strommangellagen und Stromausfälle zählen zu den grössten Risiken für die Schweiz. In ihrer Folge ist mit schwerwiegenden Auswirkungen zu rechnen. Auch die Kommunikationsinfrastruktur ist davon betroffen. Im Falle eines Netzzusammenbruchs wird Polycom zu einem der wichtigsten Kommunikationsmittel auf nationaler und kantonaler Ebene und zu einem entscheidenden Erfolgsfaktor bei der Einsatzführung und der Bewältigung der Lage. Polycom ist für die Kantone von zentraler Bedeutung, denn mit Polycom kommunizieren sämtliche Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes (Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, Zivilschutz und technische Betriebe). Polycom bildet das flächendeckende Sicherheitsfunksystem der Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit (BORS).

---

<sup>1</sup> MIG sowie Verordnung über die militärischen Informationssysteme (MIV) und Verordnung über den Nachrichtendienst der Armee (V-NDA).



Noch 2016 war bei einem vollständigen Stromausfall von drei Tagen im schlechtesten Fall nur rund die Hälfte der vorhandenen Polycom-Infrastruktur funktionsfähig. Aufgrund dieser Erkenntnis wurden alle Teilnetzbetreiberinnen (Kantone und Bund) verpflichtet, die notwendigen Konzepte für die Überbrückung eines mehrtägigen Stromausfalls zu erarbeiten und prioritär umzusetzen. Die entsprechenden Massnahmen stehen bei der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) indes noch aus. Die EZV ist für rund ein Drittel des gesamten Polycom-Netzes verantwortlich. Nur in den sieben Binnenkantonen (Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden, Glarus, Zug, und Freiburg) finden sich keine Polycom-Standorte der EZV. Im Kanton Genf ist die EZV mit 15 Basisstationen gar die alleinige Teilnetzbetreiberin. Gerade in grenznahen Gebieten ist jedoch die Kommunikation über Polycom unerlässlich für die Sicherstellung der nationalen und kantonalen Sicherheit.

Die RK MZF unterstützt daher den beantragten Verpflichtungskredit sowie die vorliegende Variante der Notstromaggregate, die eine zuverlässige Funktionsweise von Polycom garantiert. Ohne Erhöhung der Stromautonomie der Polycom-Standorte ist die schweizweite Kommunikation der BORS nicht sichergestellt, was im schlimmsten Fall zu einem landesweiten Versagen der Krisenbewältigungsmassnahmen führt.

Für die Berücksichtigung unseres Anliegens bedanken wir uns.

Mit freundlichen Grüssen

**Regierungskonferenz  
Militär, Zivilschutz und Feuerwehr**

Elo sig  
Staatsrat Norman Gobbi  
Präsident RK MZF

Elo sig  
PD Dr. phil. Alexander Krethlow  
Generalsekretär RK MZF

## Lanz Stephan EZV

---

**Von:** Hess Nathalie BABS  
**Gesendet:** Donnerstag, 18. März 2021 10:57  
**An:** \_EZV-Direktion  
**Cc:** Wüthrich Peter BABS  
**Betreff:** AW: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens / Ouverture de la procédure de consultation / Avvio della procedura di consultazione

Sehr geehrte Damen und Herren

Vielen Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen der titelvermerkten Ämterkonsultation. Im Auftrag der Eidg. Kommission Telematik im Bereich Rettung und Sicherheit haben wir die Unterlagen geprüft und sind mit diesen einverstanden. Das Vorhaben leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Resilienz bei Risikoszenarien wie z.B. einem grösseren Stromausfall oder einer Strommangellage.

Mit freundlichen Grüssen

Geschäftsstelle KomTm BORS

### Nathalie Hess

Leiterin Geschäftsstelle Eidg. Kommission Telematik KomTm BORS  
Assistentin Chef Geschäftsbereich Telematik

Eidgenössisches Departement für Verteidigung,  
Bevölkerungsschutz und Sport  
Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS  
Geschäftsbereich Telematik

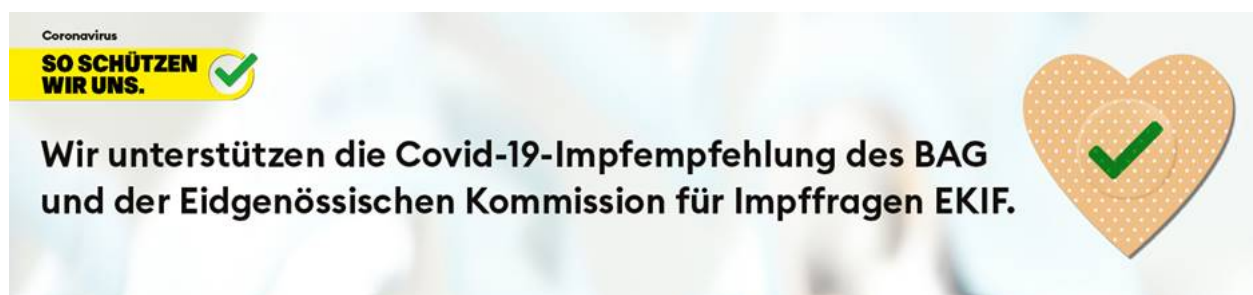
Guisanplatz 1B, 3003 Bern

Tel +41 58 467 03 17

Mobile +41 79 279 87 56

[Mailto:nathalie.hess@babs.admin.ch](mailto:nathalie.hess@babs.admin.ch)

[www.bevoelkerungsschutz.ch](http://www.bevoelkerungsschutz.ch)



---

**Von:** \_EZV-Direktion

**Gesendet:** Mittwoch, 17. Februar 2021 15:59

**An:** 'info@die-mitte.ch'; 'ch.schaeli@gmx.net'; 'info@cspo.ch'; 'vernehmlassungen@evppev.ch'; 'info@fdp.ch'; 'gruene@gruene.ch'; 'schweiz@grunliberale.ch'; 'lorenzo.quadri@mattino.ch'; 'info@mcge.ch'; 'pdaz@pda.ch'; 'gs@svp.ch'; 'franziska.tlach@spschweiz.ch'; 'verband@chgemeinden.ch'; 'info@staedteverband.ch'; 'info@sab.ch'; 'info@economiesuisse.ch'; 'bern@economiesuisse.ch'; 'sandra.spieser@economiesuisse.ch'; 'info@sgv-usam.ch'; 'verband@arbeitgeber.ch'; 'info@sbv-usp.ch'; 'office@sba.ch'; 'info@sgb.ch'; 'politik@kfmv.ch'; 'info@travailsuisse.ch'; 'info@kkjpd.ch'; 'kkpks@kkjpd.ch'; 'alexander.krethlow@rkmzf.ch'; Hess Nathalie BABS; 'martin.ghermi@swisscom.com'; 'marcel.huber@sunrise.net'; 'felix.weber@salt.ch'

**Betreff:** Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens / Ouverture de la procédure de consultation / Avvio della procedura di consultazione

## **Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes»: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat am 17. Februar 2021 die Vernehmlassung für einen Verpflichtungskredit zur Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes eröffnet. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis zum 25. Mai 2021.

Weitere Informationen entnehmen Sie dem angefügten Orientierungsschreiben.

Laufende Vernehmlassungen: <https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>

## **Crédit d'engagement «Financement d'un approvisionnement en électricité sûr des émetteurs de la Confédération»: ouverture de la procédure de consultation**

Mesdames, Messieurs,

Le 17 février 2021, le Conseil fédéral a mis en consultation le crédit d'engagement pour le financement d'un approvisionnement en électricité sûr des émetteurs de la Confédération. La procédure de consultation dure jusqu'au 25 mai 2021.

Vous trouverez de plus amples informations dans le courrier ci-joint.

Procédures de consultation en cours: <https://www.admin.ch/ch/f/gg/pc/pendent.html>

## **Credito d'impegno «Finanziamento di un'alimentazione elettrica sicura degli impianti di trasmissione della Confederazione»: avvio della procedura di consultazione**

Gentili Signore e Signori

Il 17 febbraio 2021 il Consiglio federale ha avviato la procedura di consultazione concernente il credito d'impegno «finanziamento di un'alimentazione elettrica sicura degli impianti di trasmissione della Confederazione». La consultazione terminerà il 25 maggio 2021.

Per ulteriori dettagli consultare la lettera d'informazione allegata.

Procedure di consultazione in corso : <https://www.admin.ch/ch/i/gg/pc/pendent.html>

Freundliche Grüsse / Meilleures salutations / Distinti saluti

### **Politischer Stab**

Eidgenössische Zollverwaltung EZV

[direktion@ezv.admin.ch](mailto:direktion@ezv.admin.ch)

[www.ezv.admin.ch](http://www.ezv.admin.ch)

Swisscom (Schweiz) AG, Konzernrechtsdienst, 3050 Bern

---

Eidgenössische Zollverwaltung  
Direktion EZV  
Taubenstrasse 16  
3003 Bern

Per E-Mail an: [stephan.lanz@ezv.admin.ch](mailto:stephan.lanz@ezv.admin.ch)

Datum	25. Mai 2021	Seite
Ihr Kontakt	Martin Ghermi / Tel. +41 58 223 29 93 / E-Mail: <a href="mailto:martin.ghermi@swisscom.com">martin.ghermi@swisscom.com</a>	1 von 2
<b>Thema</b>	<b>Stellungnahme der Swisscom zum Bundesbeschluss betreffs dem Verpflichtungskredit Härtung Polycom</b>	

---

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung Ihres Schreibens vom 17. Februar 2021 mit der Aufforderung für eine Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung zum Verpflichtungskredit "Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes".

Aufgrund der Tatsache, dass Swisscom (Schweiz) AG davon nicht direkt betroffen ist, verzichten wir auf eine detaillierte Stellungnahme dazu. Allerdings möchten wir darauf hinweisen, dass bezüglich Planung, Beschaffung und Installation von Netzersatzanlagen wohl mit mehr als den 100'000 Franken pro Polycom-Antennenstandort, die auf Seite 12 des erläuternden Berichts aufgeführt sind, zu rechnen wäre. Darin sind offenbar zum Beispiel Kosten für die Entschädigung an die Standorteigentümer, die Baubewilligungsverfahren, die Ausbildung des Personals, die Logistik und weitere mögliche Aufwände nicht berücksichtigt.

Aus unserer Sicht dürften die Kosten von nur 100'000 Franken pro Standort, wenn überhaupt, die untere Grenze für sämtliche Aufwände darstellen oder jedoch nicht sämtliche Kosten berücksichtigen, die in der Praxis tatsächlich anfallen würden.

Wir empfehlen deshalb, im Rahmen einer künftigen Analyse eine genaue Auflistung der Kosten sämtlicher tatsächlich anfallenden Aufwände für Planung, Beschaffung, Umsetzung und Installation vorzunehmen.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit der Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer obigen Bemerkungen.

Freundliche Grüsse  
Swisscom (Schweiz) AG

*sign. M. Ghermi*

Martin Ghermi, Dipl. El.-Ing. ETH  
Senior Regulatory Manager

*sign. D. Ballacchino*

lic. iur. Domenico Ballacchino, MLP-HSG  
Senior Legal Counsel

Swisscom (Schweiz) AG, Konzernrechtsdienst, 3050 Bern

---

Eidgenössische Zollverwaltung  
Direktion EZV  
Taubenstrasse 16  
3003 Bern

Per E-Mail an: [stephan.lanz@ezv.admin.ch](mailto:stephan.lanz@ezv.admin.ch)

Datum	25. Mai 2021	Seite
Ihr Kontakt	Martin Ghermi / Tel. +41 58 223 29 93 / E-Mail: <a href="mailto:martin.ghermi@swisscom.com">martin.ghermi@swisscom.com</a>	1 von 3
Thema	<b>Stellungnahme der Swisscom zur EZV Anfrage betreffend Härting Polycom-Antennenstandorte</b>	

---

Sehr geehrter Herr Direktor

Wir danken Ihnen für die Zustellung Ihres Schreibens vom 17. Februar 2021.

Sie nehmen Bezug einerseits auf die Vernehmlassung zum Verpflichtungskredit betreffs Härting des Polycom-Netzes und andererseits auf den derzeit von den Mobilfunknetzbetreibern Sunrise UPC, Salt und Swisscom mit der Bundesverwaltung resp. mit dem BAKOM diskutierten Vorschlag zur Härting der Antennenstandorte gegen Strommangellagen resp. Stromausfällen.

Der Prozess in diesem Zusammenhang wird vom BAKOM vorangetrieben. Allerdings zeigt sich, dass die Komplexität betreffs Realisierbarkeit eines solchen Vorhabens grösser ist als zunächst angenommen, wie auch die Erstreckung der Frist für die Unterbreitung einer Entwurfsvorlage der Fernmeldedienstverordnung (FDV) an den Bundesrat um mindestens ein Jahr zeigt.

Die konkrete resp. praktische Umsetzung einer solchen Härting von Antennenstandorten der Mobilfunknetzbetreiber ist ebenfalls noch völlig offen. Ob und welche Antennenstandorte allenfalls mit Diesel-Notstromgeneratoren ausgerüstet werden und ob eine solche Konkretisierung mit dem Vorhaben einer Härting der Antennenstandorte des Polycom-Netzes in Einklang stehen, ist aus heutiger Sicht völlig offen und eher unwahrscheinlich.

Im Weiteren sind entgegen Ihrer offensichtlichen Annahme in Ihrem Schreiben für die weitaus meisten Antennenstandorte nicht die Mobilfunknetzbetreiber Standorteigentümer, sondern andere unabhängige Dritte (Privatpersonen, Industrieunternehmen, Gemeinden, etc.). Diese können die beantragte bauliche Ergänzung der Standorte selbstverständlich nach eigenem Gutdünken ablehnen. Zurzeit gibt es keine gesetzliche Handhabe, um diese Eigentümer zur Duldung der baulichen Massnahmen für Netzersatzanlagen zu zwingen. Swisscom (Schweiz) AG ist jedenfalls in den meisten Fällen nicht Standortbesitzer. Hingegen ist Swisscom Broadcast AG Eigentümerin von einigen Hundert Standorten im Sinne von "Telehousing".



Ausserdem sind die Mobilfunknetzbetreiber mit zusätzlichen Widerständen in der Bevölkerung hinsichtlich der Akquisition sowie der Erweiterung irgendwelcher baulichen Massnahmen an den Antennenstandorten konfrontiert. Bauliche Ergänzungen zur Härtung der Antennenstandorte würden zweifellos im Rahmen der Bauverfahren mit zusätzlichen Einsprachen von allenfalls betroffenen Anwohnern bekämpft.

Im Lichte der oben geschilderten Entwicklung und der aktuellen rechtlichen Gegebenheiten können wir Ihre beiden Fragen wie folgt beantworten:

**EZV-Frage 1:** *Welche Haltung nehmen Sie zur Grundannahme «Standortbesitzer investiert» ein und sehen Sie allenfalls eine andere Lösung als Grundsatz, wie der Investitionsaufwand und die Betriebsleistungen geteilt erbracht werden könnten?*

**Antwort Swisscom:** Zunächst möchten wir festhalten, dass wir die Aussagen zu "Mobilfunkbetreibern" in Ihrem Schreiben vom 17. Februar 2021 auch so verstanden haben, dass Sie auch für die Standortbesitzer von Telehousing für Mobilfunk- und Richtfunkbetreiber, so wie es z.B. unsere Konzerngesellschaft Swisscom Broadcast AG ist, gelten. Entsprechend enthält unsere Stellungnahme auch den Standpunkt von Swisscom Broadcast AG, die Eigentümerin von ca. 450 Standorten schweizweit ist.

Sollten zudem die Mobilfunknetzbetreiber vom Bund verpflichtet werden, alle ihre Standorte, d.h. auch jene, welche nicht von Polycom/EZV genutzt werden oder von anderen Standortbesitzern zur Verfügung gestellt werden, mit einer erhöhten Stromautonomie auszurüsten, gehen wir davon aus, dass der Bund diese Kosten zur Härtung der Standorte übernimmt.

Dies und die praktische Realisierbarkeit vorausgesetzt, bestätigen wir Ihnen gerne, dass Swisscom Broadcast AG grundsätzlich bereit wäre, für die Investition der Notstromversorgung und für die Betriebsleistungen an den Telehousing-Standorten von Swisscom Broadcast AG aufzukommen und sie dann über die Standortverträge durch die EZV bzw. anderen Mitbenutzern, die gesetzlich dazu verpflichtet wären ihre Netze mit einer erhöhten Stromautonomie auszurüsten, abgelten zu lassen. Es versteht sich von selbst, dass bei vorzeitiger Aufgabe der Standorte durch die EZV oder von anderen gesetzlich oder vertraglich verpflichteten Mitbenutzern die Standortverträge auch entgangene Amortisationen, Rückbaukosten usw., regeln müssen.

Die im erläuternden Bericht geschätzten Kosten für Beschaffung und Installation für Netzersatzanlagen (Kat. 1a) und Batteriesysteme (Kat. 1b) können wir weder bestätigen noch nachvollziehen, da je nach Standort verschiedene Zusatzaufwendungen, wie z.B. bauliche Massnahmen, Waldrodungen, Helikopterflüge usw., nötig sein könnten. Wir können Ihnen aber versichern, dass Swisscom Broadcast AG marktübliche Preise offerieren würde.

**EZV-Frage 2:** *Welche Haltung nehmen Sie zur Grundannahme «zeitliche Synchronisation» ein und sehen Sie allenfalls eine andere Lösung als die vorgeschlagene, um beiden Vorhaben gerecht werden zu können?*

**Antwort Swisscom:** Ihre Frage setzt voraus, dass die Mobilfunknetzbetreiber künftig gesetzlich verpflichtet werden, ihre Standorte mit einer erhöhten Stromautonomie auszurüsten. Ob eine solche gesetzliche Regelung erlassen wird und ob, wann und wie diesfalls die Erhöhung der Stromautonomie an den Antennenstandorten realisiert werden könnte, ist aus heutiger Sicht völlig offen. Wir erachten deshalb eine zeitgleiche Ausrüstung mit einer erhöhten Stromautonomie sowohl der Polycom-Standorte als auch der Mobilfunkstandorte als nicht realistisch. Vielmehr sollten die Standorte aus unserer Sicht in individuell

unterschiedlicher Reihenfolge und Priorität mit erhöhter Stromautonomie ausgerüstet werden: Zuerst jene mit Polycom-Anlagen und danach die übrigen Antennenstandorte, falls überhaupt rechtlich notwendig.

Wir hoffen, dass unsere obigen Antworten zur Klärung für die weitere Planung zur Härtung der Polycom-Standorte gegen Strommangellagen resp. Stromausfällen beitragen werden.

Freundliche Grüsse  
Swisscom (Schweiz) AG

*sign. M. Ghermi*

Martin Ghermi, Dipl. El.-Ing. ETH  
Senior Regulatory Manager

*sign. D. Ballacchino*

lic. iur. Domenico Ballacchino, MLP-HSG  
Senior Legal Counsel



WWF Schweiz  
Patrick Hofstetter  
Hohlstrasse 110  
Postfach  
8010 Zürich

Tel.: 044 297 22 77  
Patrick.Hofstetter@wwf.ch  
wwf.ch  
Spenden: PC 80-470-3

EZF  
zH. Stephan Lanz

Elektronisch an:  
stephan.lanz@ezv.admin.ch

3003 Bern

Zürich, 23. März 2021

## **Vernehmlassungsantwort zum Bundesbeschluss Entwurf über die Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer, sehr geehrter Herr Lanz

Besten Dank für die Möglichkeit uns zu einem Teilaspekt dieser Vorlage einbringen zu können. Der Bundesbeschluss sieht vor, dass der Verpflichtungskredit u.a. auch für Investitionen in Anlagen genutzt werden kann, welche mit fossilen Energien betrieben würden.

Hinsichtlich des Netto Null-Ziels des Bundesrates sind auf fossilen Energien beruhende Lösungen jedoch nicht zukunftsgerichtet. Es sollen deshalb nur auf erneuerbaren Energien basierende Lösungen betrachtet werden. Wir schlagen deshalb neu folgende Formulierung in Art. 1 des Bundesbeschlusses vor: «Für die Finanzierung einer sicheren Stromversorgung mit erneuerbaren Energien von Sendeanlagen des Bundes wird ein Verpflichtungskredit von 36,5 Millionen Franken bewilligt.»

Ideal erscheinen Kombilösungen mit Solarenergie und Batterien. Überschüssiger Solarstrom aus der Produktion, wenn die Batterien voll sind, kann dabei ins Netz eingespiessen werden, was die Anlagen finanziell attraktiv macht oder gar von einem Kostenpunkt zu einer lohnenden Investition macht. Auch denkbar ist der Einsatz von erneuerbaren Treibstoffen in Generatoren. Die hohen Unterhaltskosten von Diesgeneratoren für die wenigen Betriebsstunden dürften sich jedoch nur dort lohnen, wo Solarlösungen unmöglich sind.

Erneuerbare Lösungen hätten auch einen Vorbildcharakter für private Notstromlösungen und bieten die Gelegenheit, für Solarenergie geeignete Standorte zu nutzen. Mit Diesgeneratoren wird diese Chance verpasst bzw. verzögert.

Ob eine solche Konkretisierung die Kosten (positiv oder negativ) beeinflusst bzw. der vorgesehene Betrag angepasst werden muss, können wir nicht abschliessend beantworten. Zumindest längerfristig lohnt sich der Einsatz erneuerbarer Technologien auf jeden Fall. Wir bitten Sie, dieses Anliegen zu prüfen und die Vorteile zu gewichten.  
Freundliche Grüsse

Dr. Patrick Hofstetter  
Fachgruppenleiter Klima und Energie

Dr. Elgin Brunner  
Leiterin Transformational Programmes

Abs.: Greenpeace Schweiz, Badenerstr. 171, PF, 8036 Zürich

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
3003 Bern

via E-Mail an: [stephan.lanz@ezv.admin.ch](mailto:stephan.lanz@ezv.admin.ch)

Zürich, 30. März 2021

### **Stellungnahme zum Bundesbeschluss Entwurf über die Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer, sehr geehrter Herr Lanz

Gerne ergreifen wir die Gelegenheit, uns zur sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes zu äussern.

Der Bundesbeschluss beschränkt sich darauf, einen Verpflichtungskredit zu bewilligen. Im erläuternden Bericht auf Seite 15 wird ausgeführt, welche Techniken zum Einsatz kommen sollen: «Es kommen USV (unterbrechungsfreie Stromversorgung) und NEA (dieselbetriebene Netzersatzanlagen, Kategorie 1a) oder weitere zu prüfende Alternativen (z. B. Batterien und Solarzellen, Kategorie 1b) zum Einsatz.»

Hinsichtlich des Netto Null-Ziels des Bundesrates sind auf fossilen Energien beruhende Lösungen nicht zukunftsgerichtet. Es sollen nur auf erneuerbaren Energien basierende Lösungen betrachtet werden. Eine mögliche Formulierung in Art. 1 des Bundesbeschlusses ist folgende: «Für die Finanzierung einer sicheren Stromversorgung mit erneuerbaren Energien von Sendeanlagen des Bundes wird ein Verpflichtungskredit von 36,5 Millionen Franken bewilligt.»

Ideal erscheinen Kombilösungen mit Solarenergie und Batterien. Überschüssiger Solarstrom aus der Produktion, wenn die Batterien voll sind, könnte ins Netz eingespielen werden, was die Anlagen finanziell attraktiv macht. Auch denkbar ist der Einsatz von erneuerbaren Treibstoffen – die Unterhaltskosten von Dieselgeneratoren hätten im Gegensatz zur Solarlösung jedoch keinen Zusatznutzen.

Erneuerbare Lösungen hätten auch einen Vorbildcharakter für private Notstromlösungen

und bieten die Gelegenheit, für Solarenergie geeignete Standorte zu nutzen. Mit Dieseldieseln wird diese Chance verpasst bzw. verzögert.

Ob eine solche Konkretisierung die Kosten (positiv oder negativ) beeinflusst bzw. der vorge-sehene Betrag angepasst werden muss, können wir nicht abschliessend beantworten. Zu-mindest längerfristig dürfte sich der Einsatz erneuerbarer Technologien auf jeden Fall loh-nen.

Wir bedanken uns für die Kenntnisnahme unserer Anliegen und freuen uns über deren Be-rücksichtigung.

Mit freundlichen Grüssen



Remco Giovanoli

Verantwortlicher Politik Greenpeace Schweiz

Secrétariat général DFF  
Département fédéral des finances  
Monsieur Stephan Lanz  
Bundesgasse 3  
3003 Berne

Lausanne, le 3 mai 2021

***Consultation: Crédit d'engagement relatif au financement d'un approvisionnement en électricité sûr des émetteurs de la Confédération***

Monsieur,

Nous avons pris connaissance du projet de consultation relatif au financement d'un approvisionnement en électricité sûr des émetteurs de la Confédération. C'est avec plaisir que nous vous faisons part de notre position à ce propos.

**Contexte général**

Le réseau radio national de sécurité Polycom permet aux autorités et organisations chargées du sauvetage et de la sécurité en Suisse de communiquer entre elles en toutes circonstances dans le cadre d'interventions. Afin de pouvoir garantir ces communications sur tout le territoire suisse même en cas de panne généralisée du réseau d'électricité, l'autonomie électrique des emplacements des émetteurs de la Confédération doit être renforcée. C'est à cet effet que le Conseil fédéral sollicite un crédit d'engagement de 36,5 millions de francs.

**Objet du projet**

Le crédit demandé concerne l'infrastructure Polycom dont l'Administration fédérale des douanes (AFD) a la responsabilité, soit un tiers des emplacements. Il vise un renforcement de l'autonomie électrique de ces sites d'implantation. Actuellement, cette autonomie ne répond pas aux exigences et représentera, selon la Confédération, un risque inacceptable tant qu'aucune mesure supplémentaire ne sera prise. Si une panne de réseau de grande envergure devait survenir dans notre pays, il en découlerait de lourdes conséquences pour l'approvisionnement du pays et pour la Suisse en tant que pays producteur, avec des conséquences graves pour la société, l'économie et l'État. Il a été démontré qu'une sous-alimentation du réseau électrique pendant plusieurs jours engendrerait une situation d'urgence nationale complexe, caractérisée par des problèmes de conduite de nature technique. Polycom reste donc un moyen de communication important dans tous les cas de figure.

L'AFD s'est dotée en 2016 d'une stratégie de renforcement à large échelle de l'autonomie électrique de ces emplacements. Sa mise en œuvre n'a pas encore pu commencer en raison de la priorité accordée à d'autres projets plus importants et de l'absence de financement. Ce crédit d'engagement doit donc permettre de la concrétiser enfin.

## Appréciation

A la lumière des explications qui précèdent, on peut conclure que l'amélioration de l'autonomie électrique de Polycom revêt une utilité non négligeable pour l'économie de notre pays.

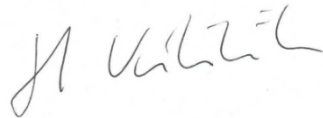
**Dans ces conditions, la CVCI, soucieuse d'un approvisionnement sûr en électricité permettant de maintenir les activités des entreprises, soutient ce projet d'arrêté.**

Tout en vous remerciant de l'attention que vous porterez à ces lignes, nous vous prions d'agréer, Monsieur, nos salutations les meilleures.

**Chambre vaudoise du commerce et de l'industrie**



Philippe Miauton  
Directeur-adjoint



Jean-François Krähenbühl  
Chargé de communication

Thurgauerstrasse 56  
Postfach · 8050 Zürich  
T 044 308 21 11 · F 044 303 11 20  
info@gvz.ch · www.gvz.ch

Herrn Bundesrat  
Ueli Maurer  
Vorsteher EFD  
Bundesgasse 3, 3003 Bern  
stephan.lanz@ezv.admin.ch

**Abteilung  
Ihr Kontakt**

Direktion  
Frau Dr. Brigitte Bachmann  
Generalsekretärin  
Telefon 044 308 22 53  
brigitte.bachmann@gvz.ch

7. Mai 2021

**Verpflichtungskredit "Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes"**  
**Stellungnahme zu den Vernehmlassungs-Unterlagen vom Februar 2021**

Sehr geehrter Herr Bundesrat,  
sehr geehrte Damen und Herren

Am 17. Februar 2021 haben Sie das Vernehmlassungsverfahren zum obgenannten Verpflichtungskredit eröffnet. Die GVZ Gebäudeversicherung Kanton Zürich (GVZ) ist im Kanton Zürich zuständig für die Überwachung der Organisation, Alarmierung, Ausbildung und Ausrüstung der Feuerwehren.

Gerne erlauben wir uns, zum Verpflichtungskredit Stellung zu nehmen.

**Empfehlung**

Die GVZ stimmt den vorliegenden Entwürfen vollumfänglich zu. Er empfiehlt, der Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft den Verpflichtungskredit von 36,5 Millionen Franken betreffend die Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes zur Annahme vorzulegen.

**Begründung**

Strommangellagen und Stromausfälle zählen zu den grössten Risiken für die Schweiz. In ihrer Folge ist mit schwerwiegenden Auswirkungen zu rechnen. Auch die Kommunikationsinfrastruktur ist davon betroffen. Im Falle eines Netzzusammenbruchs wird Polycom zu einem der wichtigsten Kommunikationsmittel auf nationaler und kantonaler Ebene und zu einem entscheidenden Erfolgsfaktor bei der Einsatzführung und der Bewältigung der Lage. Polycom ist für die Kantone von zentraler Bedeutung, denn mit Polycom kommunizieren sämtliche Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes (Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, Zivilschutz und technische Betriebe). Polycom bildet das flächendeckende Sicherheitsfunksystem der Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit (BORS).



Thurgauerstrasse 56  
Postfach · 8050 Zürich  
T 044 308 21 11 · F 044 303 11 20  
info@gvz.ch · www.gvz.ch

Noch 2016 war bei einem vollständigen Stromausfall von drei Tagen im schlechtesten Fall nur rund die Hälfte der vorhandenen Polycom-Infrastruktur funktionsfähig. Aufgrund dieser Erkenntnis wurden alle Teilnetzbetreiberinnen (Kantone und Bund) verpflichtet, die notwendigen Konzepte für die Überbrückung eines mehrtägigen Stromausfalls zu erarbeiten und prioritär umzusetzen. Die entsprechenden Massnahmen stehen bei der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) indes noch aus.

Die EZV ist für rund ein Drittel des gesamten Polycom-Netzes verantwortlich. Nur in den sieben Binnenkantonen (Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden, Glarus, Zug, und Freiburg) finden sich keine Polycom-Standorte der EZV. Im Kanton Genf ist die EZV mit 15 Basisstationen gar die alleinige Teilnetzbetreiberin. Gerade in grenznahen Gebieten ist jedoch die Kommunikation über Polycom unerlässlich für die Sicherstellung der nationalen und kantonalen Sicherheit.

Die GVZ unterstützt daher den beantragten Verpflichtungskredit sowie die vorliegende Variante der Notstromaggregate, die eine zuverlässige Funktionsweise von Polycom garantiert. Ohne Erhöhung der Stromautonomie der Polycom-Standorte ist die schweizweite Kommunikation der BORS nicht sichergestellt, was im schlimmsten Fall zu einem landesweiten Versagen der Krisenbewältigungsmassnahmen führt.

Für die Berücksichtigung unseres Anliegens bedanken wir uns.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Kurt Steiner, Leiter Feuerwehr, [kurt.steiner@gvz.ch](mailto:kurt.steiner@gvz.ch), gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Lars Mülli  
Direktor



Kurt Steiner  
Leiter Feuerwehr

Kopie:  
Sicherheitsdirektion Kanton Zürich

# AGV Aargauische Gebäudeversicherung

## Geschäftsleitung

Tel.: 062 836 36 02  
Fax: 062 836 36 88



Herr Bundesrat  
Ueli Maurer  
Vorsteher EFD  
Bundesgasse 3  
3003 Bern  
[stephan.lanz@ezv.admin.ch](mailto:stephan.lanz@ezv.admin.ch)

Aarau, 10. Mai 2021 /faa

## **Verpflichtungskredit "Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes"**

Stellungnahme zu den Vernehmlassungsunterlagen vom Februar 2021

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Am 17. Februar 2021 haben Sie das Vernehmlassungsverfahren zum titelerwähnten Verpflichtungskredit eröffnet. Gerne erlauben wir uns, dazu wie folgt Stellung zu nehmen.

### **Empfehlung**

Die Aargauische Gebäudeversicherung AGV stimmt den vorliegenden Entwürfen vollumfänglich zu. Wir empfehlen, der Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft den Verpflichtungskredit von 36,5 Millionen Franken betreffend die Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes zur Annahme vorzulegen.

### **Begründung**

Strommangellagen und Stromausfälle zählen zu den grössten Risiken für die Schweiz. In ihrer Folge ist mit schwerwiegenden Auswirkungen zu rechnen. Auch die Kommunikationsinfrastruktur ist davon betroffen. Im Falle eines Netzzusammenbruchs wird POLYCOM zu einem der wichtigsten Kommunikationsmittel auf nationaler und kantonaler Ebene und zu einem entscheidenden Erfolgsfaktor bei der Einsatzführung und der Bewältigung der Lage. POLYCOM ist für die Kantone von zentraler Bedeutung, denn mit POLYCOM kommunizieren sämtliche Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes (Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, Zivilschutz und technische Betriebe). POLYCOM bildet das flächendeckende Sicherheitsfunksystem der Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit (BORS).

Noch 2016 war bei einem vollständigen Stromausfall von drei Tagen im schlechtesten Fall nur rund die Hälfte der vorhandenen POLYCOM-Infrastruktur funktionsfähig. Aufgrund dieser Erkenntnis wurden alle Teilnetzbetreiberinnen (Kantone und Bund) verpflichtet, die notwendigen Konzepte für die Überbrückung eines mehrtägigen Stromausfalls zu erarbeiten und prioritär umzusetzen. Die entsprechenden Massnahmen stehen bei der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) indes noch aus.

Die EZV ist für rund ein Drittel des gesamten POLYCOM-Netzes verantwortlich. Nur in den sieben Binnenkantonen (Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden, Glarus, Zug, und Freiburg) finden sich keine POLYCOM-Standorte der EZV. Im Kanton Genf ist die EZV mit 15 Basisstationen gar die alleinige Teilnetzbetreiberin. Gerade in grenznahen Gebieten ist jedoch die Kommunikation über POLYCOM unerlässlich für die Sicherstellung der nationalen und kantonalen Sicherheit.

Im Kanton Aargau sind von den 21 Basisstationen deren 7 vom GWK (EZV). Die 14 kantonalen Basisstationen sind in den letzten Jahren mit Notstromkonzepten versorgt worden. Dies beinhaltet stationäre Notstromanlagen und Leistungsvereinbarungen mit den Zivilschutzorganisationen. Diese betreiben via Ausschnittstelle ein Notstromaggregat zur Speisung der Basisstationen.

Die Aargauische Gebäudeversicherung unterstützt daher den beantragten Verpflichtungskredit sowie die vorliegende Variante der Notstromaggregate, die eine zuverlässige Funktionsweise von POLYCOM garantiert. Ohne Erhöhung der Stromautonomie der POLYCOM-Standorte ist die schweizweite Kommunikation der BORS nicht sichergestellt, was im schlimmsten Fall zu einem landesweiten Versagen der Krisenbewältigungsmassnahmen führt.

Für die Berücksichtigung unseres Anliegens bedanken wir uns.

Freundliche Grüsse

**Aargauische Gebäudeversicherung**

Dr. Urs Graf  
Vorsitzender der Geschäftsleitung

Christina Troglia  
Generalsekretärin

Zürich, 18.5.2021

Eidgenössisches Finanzdepartement  
EFD  
3003 Bern

Per Mail an:  
stephan.lanz@ezv.admin.ch



Schweizerische  
Energie-Stiftung  
Fondation Suisse  
de l'Énergie

Sihlquai 67  
8005 Zürich  
Tel. 044 275 21 21

info@energiestiftung.ch  
PC-Konto 80-3230-3

## ENTWURF ÜBER DIE FINANZIERUNG EINER SICHEREN STROMVERSORGUNG VON SENDEANLAGEN DES BUNDES Vernehmlassungsantwort zum Bundesbeschluss

---

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer, sehr geehrter Herr Lanz

Gerne ergreifen wir die Gelegenheit, uns zur sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes zu äussern.

Der Bundesbeschluss beschränkt sich darauf, einen Verpflichtungskredit zu bewilligen. Im erläuternden Bericht auf Seite 15 wird ausgeführt, welche Techniken zum Einsatz kommen sollen: «Es kommen USV (unterbrechungsfreie Stromversorgung) und NEA (dieselbetriebene Netzersatzanlagen, Kategorie 1a) oder weitere zu prüfende Alternativen (z. B. Batterien und Solarzellen, Kategorie 1b) zum Einsatz.»

Hinsichtlich des Netto Null-Ziels des Bundesrates sind auf fossilen Energien beruhende Lösungen nicht zukunftsgerichtet. Es sollen nur auf erneuerbaren Energien basierende Lösungen betrachtet werden.

Eine mögliche Formulierung in Art. 1 des Bundesbeschlusses ist folgende:

«Für die Finanzierung einer sicheren Stromversorgung **mit erneuerbaren Energien** von Sendeanlagen des Bundes wird ein Verpflichtungskredit von 36,5 Millionen Franken bewilligt.»

Ideal erscheinen Kombilösungen mit Solarenergie und Batterien. Überschüssiger Solarstrom aus der Produktion, wenn die Batterien voll sind, könnte ins Netz eingespiessen werden, was die Anlagen finanziell attraktiv macht. Auch denkbar ist der Einsatz von erneuerbaren Treibstoffen – die Unterhaltskosten von Dieselgeneratoren hätten im Gegensatz zur Solarlösung jedoch sowieso keinen Zusatznutzen.

Erneuerbare Lösungen hätten auch einen Vorbildcharakter für private Notstromlösungen und bieten die Gelegenheit, für Solarenergie geeignete Standorte zu nutzen. Mit Dieselgeneratoren wird diese Chance verpasst bzw. verzögert.

Ob eine solche Konkretisierung die Kosten (positiv oder negativ) beeinflusst bzw. der vorgesehene Betrag angepasst werden muss, können wir nicht abschliessend beantworten. Zumindest längerfristig lohnt sich der Einsatz erneuerbarer Technologien auf jeden Fall.

Wir bitten Sie, dieses Anliegen zu prüfen und die Vorteile zu gewichten.

Freundliche Grüsse



Felix Nipkow  
Leiter Fachbereich erneuerbare Energien



# GEBÄUDE VERSICHERUNG ZUG

Gebäudeversicherung Zug, Grafenastrasse 1, 6300 Zug

Herrn Bundesrat  
Ueli Maurer  
Vorsteher EFD  
Bundesgasse 3, 3003 Bern

**Zustellung per E-Mail an:**  
[stephan.lanz@ezv.admin.ch](mailto:stephan.lanz@ezv.admin.ch)

T direkt +41 41 726 90 75  
andreas.borer@zg.ch  
Zug, 25. Mai 2021 BONR

## **Verpflichtungskredit "Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes"; Stellungnahme zu den Vernehmlassungsunterlagen vom Februar 2021**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer

Am 17.2.2021 haben Sie das Vernehmlassungsverfahren zum vorgenannten Verpflichtungskredit eröffnet. Gerne erlauben wir uns, dazu wie folgt Stellung zu nehmen.

### **Empfehlung**

Die Gebäudeversicherung Zug (GVZG) stimmt den vorliegenden Entwürfen vollumfänglich zu. Sie empfiehlt, der Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft den Verpflichtungskredit von 36,5 Millionen Franken betreffend die Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes zur Annahme vorzulegen.

### **Begründung**

Strommangellagen und Stromausfälle zählen zu den grössten Risiken für die Schweiz. In ihrer Folge ist mit schwerwiegenden Auswirkungen zu rechnen. Auch die Kommunikationsinfrastruktur ist davon betroffen. Im Falle eines Netzzusammenbruchs wird Polycom zu einem der wichtigsten Kommunikationsmittel auf nationaler und kantonaler Ebene und zu einem entscheidenden Erfolgsfaktor bei der Einsatzführung und der Bewältigung der Lage. Polycom ist für die Kantone von zentraler Bedeutung, denn mit Polycom kommunizieren sämtliche Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes (Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, Zivilschutz und technische Betriebe). Polycom bildet das flächendeckende Sicherheitsfunksystem der Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit (BORS).

Noch im Jahr 2016 war bei einem vollständigen Stromausfall von drei Tagen im schlechtesten Fall nur rund die Hälfte der vorhandenen Polycom-Infrastruktur funktionsfähig. Aufgrund dieser Erkenntnis wurden alle Teilnetzbetreiberinnen (Kantone und Bund) dazu verpflichtet, die notwendigen Konzepte für die Überbrückung eines mehrtägigen Stromausfalls zu erarbeiten und

prioritär umzusetzen. Die entsprechenden Massnahmen stehen bei der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) indes noch aus.

Die EZV ist für rund ein Drittel des gesamten Polycom-Netzes verantwortlich. Nur in den sieben Binnenkantonen (Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden, Glarus, Zug, und Freiburg) finden sich keine Polycom-Standorte der EZV. Im Kanton Genf ist die EZV mit 15 Basisstationen gar die alleinige Teilnetzbetreiberin. Gerade in grenznahen Gebieten ist jedoch die Kommunikation über Polycom unerlässlich für die Sicherstellung der nationalen und kantonalen Sicherheit.

Die Gebäudeversicherung Zug unterstützt daher den beantragten Verpflichtungskredit sowie die vorliegende Variante der Notstromaggregate, die eine zuverlässige Funktionsweise von Polycom garantiert. Ohne Erhöhung der Stromautonomie der Polycom-Standorte ist die schweizweite Kommunikation der BORS nicht sichergestellt, was im schlimmsten Fall zu einem landesweiten Versagen der Krisenbewältigungsmassnahmen führt.

Für die Berücksichtigung unseres Anliegens bedanken wir uns bestens.

Freundliche Grüsse  
Gebäudeversicherung Zug



Richard Schärer  
Direktor GVZG



Roland Fässler  
Leiter Abteilung Feuerwehr / Feuerwehrinspektor



Herrn Bundesrat  
Ueli Maurer  
Vorsteher EFD  
Bundesgasse 3, 3003 Bern  
[stephan.lanz@ezv.admin.ch](mailto:stephan.lanz@ezv.admin.ch)

Bern, 22. März 2021

## **Verpflichtungskredit "Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes"**

Stellungnahme zu den Vernehmlassungsunterlagen vom Februar 2021

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Am 17. Februar 2021 haben Sie das Vernehmlassungsverfahren zum titelerwähnten Verpflichtungskredit eröffnet. Gerne erlauben wir uns, dazu wie folgt Stellung zu nehmen.

### **Empfehlung**

Die Feuerwehr Koordination Schweiz FKS stimmt den vorliegenden Entwürfen vollumfänglich zu. Er empfiehlt, der Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft den Verpflichtungskredit von 36,5 Millionen Franken betreffend die Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes zur Annahme vorzulegen.

### **Begründung**

Strommangellagen und Stromausfälle zählen zu den grössten Risiken für die Schweiz. In ihrer Folge ist mit schwerwiegenden Auswirkungen zu rechnen. Auch die Kommunikationsinfrastruktur ist davon betroffen. Im Falle eines Netzzusammenbruchs wird Polycom zu einem der wichtigsten Kommunikationsmittel auf nationaler und kantonaler Ebene und zu einem entscheidenden Erfolgsfaktor bei der Einsatzführung und der Bewältigung der Lage. Polycom ist für die Kantone von zentraler Bedeutung, denn mit Polycom kommunizieren sämtliche Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes (Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, Zivilschutz und technische Betriebe). Polycom bildet das flächendeckende Sicherheitsfunksystem der Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit (BORS).

Noch 2016 war bei einem vollständigen Stromausfall von drei Tagen im schlechtesten Fall nur rund die Hälfte der vorhandenen Polycom-Infrastruktur funktionsfähig. Aufgrund dieser Erkenntnis wurden alle Teilnetzbetreiberinnen (Kantone und Bund) verpflichtet, die notwendigen Konzepte für die Überbrückung eines mehrtägigen Stromausfalls zu erarbeiten und prioritär umzusetzen. Die entsprechenden Massnahmen stehen bei der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) indes noch aus.



Die EZV ist für rund ein Drittel des gesamten Polycom-Netzes verantwortlich. Nur in den sieben Binnenkantonen (Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden, Glarus, Zug, und Freiburg) finden sich keine Polycom-Standorte der EZV. Im Kanton Genf ist die EZV mit 15 Basisstationen gar die alleinige Teilnetzbetreiberin. Gerade in grenznahen Gebieten ist jedoch die Kommunikation über Polycom unerlässlich für die Sicherstellung der nationalen und kantonalen Sicherheit.

Die Feuerwehr Koordination Schweiz FKS unterstützt daher den beantragten Verpflichtungskredit sowie die vorliegende Variante der Notstromaggregate, die eine zuverlässige Funktionsweise von Polycom garantiert. Ohne Erhöhung der Stromautonomie der Polycom-Standorte ist die schweizweite Kommunikation der BORS nicht sichergestellt, was im schlimmsten Fall zu einem landesweiten Versagen der Krisenbewältigungsmassnahmen führt.

Für die Berücksichtigung unseres Anliegens bedanken wir uns.

Mit freundlichen Grüssen



Stefan Häusler  
Generalsekretär

Herrn Bundesrat  
Ueli Maurer  
Vorsteher EFD  
Bundesgasse 3, 3003 Bern  
[stephan.lanz@ezv.admin.ch](mailto:stephan.lanz@ezv.admin.ch)

Altdorf, 08. April 2021

## **Verpflichtungskredit "Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes"**

Stellungnahme zu den Vernehmlassungsunterlagen vom Februar 2021

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Am 17. Februar 2021 haben Sie das Vernehmlassungsverfahren zum titelerwähnten Verpflichtungskredit eröffnet. Gerne erlauben wir uns, dazu wie folgt Stellung zu nehmen.

### **Empfehlung**

Der Kanton Uri stimmt den vorliegenden Entwürfen vollumfänglich zu. Er empfiehlt, der Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft den Verpflichtungskredit von 36,5 Millionen Franken betreffend die Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes zur Annahme vorzulegen.

### **Begründung**

Strommangellagen und Stromausfälle zählen zu den grössten Risiken für die Schweiz. In ihrer Folge ist mit schwerwiegenden Auswirkungen zu rechnen. Auch die Kommunikationsinfrastruktur ist davon betroffen. Im Falle eines Netzzusammenbruchs wird Polycom zu einem der wichtigsten Kommunikationsmittel auf nationaler und kantonaler Ebene und zu einem entscheidenden Erfolgsfaktor bei der Einsatzführung und der Bewältigung der Lage. Polycom ist für die Kantone von zentraler Bedeutung, denn mit Polycom kommunizieren sämtliche Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes (Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, Zivilschutz und technische Betriebe). Polycom bildet das flächendeckende Sicherheitsfunksystem der Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit (BORS).

Noch 2016 war bei einem vollständigen Stromausfall von drei Tagen im schlechtesten Fall nur rund die Hälfte der vorhandenen Polycom-Infrastruktur funktionsfähig. Aufgrund dieses Erkenntnis wurden alle Teilnetzbetreiberinnen (Kantone und Bund) verpflichtet, die notwendigen Konzepte für die Überbrückung eines mehrtägigen Stromausfalls zu erarbeiten und prioritär umzusetzen. Die entsprechenden Massnahmen stehen bei der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) indes noch aus.

Die EZV ist für rund ein Drittel des gesamten Polycom-Netzes verantwortlich. Nur in den sieben Binnenkantonen (Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden, Glarus, Zug, und Freiburg) finden sich keine Polycom-Standorte der EZV. Im Kanton Genf ist die EZV mit 15 Basisstationen gar die alleinige Teilnetzbetreiberin. Gerade in grenznahen Gebieten ist jedoch die Kommunikation über Polycom unerlässlich für die Sicherstellung der nationalen und kantonalen Sicherheit.

Der Kanton Uri unterstützt daher den beantragten Verpflichtungskredit sowie die vorliegende Variante der Notstromaggregate, die eine zuverlässige Funktionsweise von Polycom garantiert. Ohne Erhöhung der Stromautonomie der Polycom-Standorte ist die schweizweite Kommunikation der BORS nicht sichergestellt, was im schlimmsten Fall zu einem landesweiten Versagen der Krisenbewältigungsmassnahmen führt.

Für die Berücksichtigung unseres Anliegens bedanken wir uns.

Mit freundlichen Grüssen



Stefan Dahinden

Kanton Uri  
Sicherheitsdirektion  
Amt für Bevölkerungsschutz und Militär  
Feuerwehrenspektorat  
Lehnplatz 22  
6460 Altdorf